

Österreichischer Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Österreichische Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Umlieger vierjährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenwpfeline Zeitung oder deren Raum 80 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pf., ausdrückliche Anzeigen 80 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 281.

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Kaiserliche Randbemerkungen.

Durch eine seltene Indiskretion erscheint Kautsky's Buch „Wie der Weltkrieg entstand“, dessen Inhalt sich auf das Studium des gesamten deutschen Altersmaterials stützt, im Auslande, noch ehe sein Inhalt in Deutschland bekannt ist. Ein Berliner Blatt, der „Volksanzeiger“, veröffentlicht aus der Auslands presse entnommene Auszüge, die freilich mit Vorsicht zu genießen sind, weil sie einmal an sich schon Auszüge aus zweiter Hand darstellen, und sodann in ihrer Objektivität noch weiter durch das sichtbare Verbrechen des „Volksanzeigers“ herabgesenkt werden, die Belastung des Wilhelmischen Systems zu vertuschen und zu bemanteln.

Dennnoch enthält selbst dieser gefärbte Auszug einiges Material, das das bisher bekannte Bild von den Vorgängen bei Kriegsausbruch um einige Striche bereichert und ein paar weise Stellen im Gemälde ausfüllt. Das Bezeichnendste sind eine Anzahl Randbemerkungen aus dem Gedanken Wilhelm II., die seine Rolle bei Kriegsausbruch in helles Licht rücken.

Über den Charakter Wilhelms sagen uns diese Anmerkungen freilich nichts Neues. Wenn Kautsky meint, die Randnotizen des Kaisers böten das seltene Vergnügen, daß man einmal den Kaiser in Unterhosen zu sehen bekomme, so ist doch zu bemerken, daß der Kaiser in Paradeuniform schon längst nur noch in der Vorstellung unerträglicher Brüderlichkeit erscheine. Selbst vor dem Kriege hat man schon ganz erhebliche Stellen seines defekten geistigen Untergangs zu Gehör gebracht; erinnert sei nur an die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ im November 1908.

Das Charakterbild des Kaisers, wie es der nüchternen Beobachter sah, wird durch die Randbemerkungen nur bestätigt und verstärkt: ein prahlerischer Großvater ohne jedes Mollen, der droht, schwadroniert und bestt, sich brüstet und konspiriert, aber zurißprallt und ängstlich wird, sobald die Folgen seines eigenen Tuns zutage treten, der, nachdem er selber die Situation auf die Spitze getrieben hat, ja ungern und larmoyante Reden über die Schlechtigkeit der anderen führt, dem die Entschlüsselung zum Guten wie zum Bösen fehlt, und der in entscheidender Lage den Kopf verliert, seine wichtigsten Entschlüsse vergibt oder rücksichtig machen möchte, nachdem sie durch den Gang der Ereignisse unvermeidlich geworden sind.

Aber ein anderes sehen wir neu: die nachdrücklich entscheidende Rolle, die dieser minderwertige Charakter gespielt hat, als es sich um Wohl und Wehe von vielen hundert Millionen Menschen handelte. Abgrundtief tut sich die Schuld eines Systems auf, das diesem halslosen Menschen das entscheidende Wort über Krieg und Frieden ließ.

Zuerst sehen wir Wilhelm, den Mutigen, dessen Mut wie gewöhnlich aus der Angst geboren wurde. Der Mord von Sarajevo ist für ihn zunächst eine Angelegenheit des dynastischen Interesses. Gegen Königsmörder muß vorgegangen werden — um der eigenen Sicherheit willen. Ohne jede Überlegung schlägt sich der Kaiser nach dem Attentat des alten Franz Josef an. In einem Handschreiben vom 5. Juli 1914 an seinen Beraternen nennt er Belgrad „den Herd verbrecherischer Agitation“, der ausgerottet werden müsse. Töricht nur der Glaube, daß diese dynastische Angst um die eigene Sicherheit, die sich in immer neuen Entrüstungssprüchen äußert, auf die eigene Bevölkerung oder gar auf die Völker der westlichen Demokratien besonderen Eindruck machen würde. — Töricht deute man die Seele der Völker von der Höhe des Thrones!

Aus Angst wirft sich Wilhelm in die Mutpose. In dem Bericht, den Tschitschik am 30. Juni an den deutschen Reichskanzler richtet und der den Wunsch ausdrückt, mit den Serben gründlich abzurechnen, bemerkt Wilhelm: „Ich töte die

Er fördert weiter die Kriegslust des Ballspielplatzes in Wien (am Ballspielplatz in Wien hatte das österreichische Ministerium des Außen einen Sitz) gegen Serbien, wobei aber seine Vorauflistung über einen Krieg mit Serbien, ebenfalls noch mit Russland, nicht hinauszugehen scheint. In Wien findet die berühmte Beratung statt, die freilich kein Kontrakt ist, sondern ein Militärrat. Teilnehmer sind Tirpitz, ein Vertreter der Admiralität, ein Vertreter des Kriegsministeriums und einer des Generalstabes. Es wird beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen. Bewiesen wird diese Tatsache durch Aufzeichnungen des früheren Unterstaatssekretärs von dem Busche für den Staatssekretär Simmernmann vom 13. Juni 1917.

Graf Berchtold berichtet am 10. Juli, daß man jetzt in Wien zu einem Entschluß kommen wolle. Wilhelm unterschreibt das „jetzt“ und bemerkt ungönig, es dauere sehr lange, bis man zu einem Entschluß komme. Seine Ungeduld läuft noch zu zügeln. Als Berchtold weiter erklärt, daß er das Ultimatum so stellen mösse, daß Serbien es unmöglich annehmen könne, macht Wilhelm in einer Randbemerkung sofort praktische Vorschläge: „Den Sandkasten räumen, dann ist der Krawall sofort da.“ Zu der Bemerkung des Grafen

Lisza, daß man gentlemanlike vorgehen müsse, bemerkt Wilhelm höhnisch: „Gegenüber Mörfern und nachdem, was vorgesetzten ist?“

So sehen wir Wilhelm kräftig und mit Energie die österreichische Kriegsheerpartei fördern. Er heißtt und schürt nach Kräften. Dann begibt er sich auf die Nordlandreise, um Europa in Sicherheit zu wiegen: Als er zurückkehrt, ist der Konflikt durch die österreichische Kriegserklärung bereits auf dem Höhepunkt. Aber Wilhelm ist noch mutig, er will nicht zurück. Alle Vermittlungsvorschläge weist er mit der Begründung zurück, daß er dem Bundesgenossen nicht in den Arm fallen dürfe. Auf die Depesche des Zaren Nikolaus vom 29. Juli:

„Das Telegramm enthält eine verdeckte Drohung und die einen Befehl ähnliche Aufforderung, den Alliierten in den Arm zu fallen.“

In einer Randbemerkung zum Bericht Lichnowskys über den ersten Eindruck, den die österreichische Note in London hervorgerufen habe, bezeichnet Wilhelm die Serben kurzhin als eine „Räuberbande“. Zu der von Sir Edward Grey angebotenen Vermittlung bemerkt Wilhelm am Rande des Lichnowskyschen Berichtes:

„Ist überflüssig, denn Österreich hat Russland schon orientiert und Grey kann ja nichts anderes vorschlagen. Ich tu es nicht mit; nur wenn Österreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich ist. — In Ehren und vitaen Phrasen konsultiert man andere nicht.“

Grey hatte eine Vermittlung durch die vier Mächte England, Deutschland, Frankreich und Italien vorgeschlagen. Wilhelm erklärte: „Ich tu es nicht mit.“ — Als am 27. Juli aus den Neuerungen Greys gegenüber Lichnowsky klar wird, daß England in dem Krieg nicht abseits stehen würde, aber die bisherige Freundschaft mit Deutschland pflegen möchte, ja lange der Konflikt sich auf Österreich und Russland beßchränke und in diesem Falle abseits stehen bleibe, bemerkt Wilhelm:

„Das heißt: Wir sollen Österreich führen lassen. Urgeheim und mehristophisch, aber echt englisch.“

So weiß Wilhelm das englische Neutralitätsangeboten zurück. In den nächsten Tagen aber äußert er sich sehr erzürnt über England und hält eine bittere Straßpredigt. Der moralische Nahnjammer ist bereits im Anzug. Der Mut macht salbungsvollen Thränen Wass. Phantastische Pläne zeigen die innere Angst: Die pharasische Friedensbeschleunigung Englands müsse an den Pranger gestellt werden, die deutschen Agenten im Kaufhaus, in der Türkei, in Afghanistan und Indien müßten die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verlogene, gewissenlose Kämervolk zum Aufstand bringen. (Irfin oder Raibit!) Weiter wörtlich:

„Wenn wir schon bluten sollen, soll England wenigstens Indien verloren geben.“

Damit England Indien verliere, läßt Wilhelm das deutsche Volk verbluten. Er sieht das bittere Ende voraus, stützt sich dennoch in den Krieg mit phantastischen Hoffnungen, die einem Verfasser von Hintertrepptromänen allenfalls zur Zierte gereichen würden.

Das Finale: Völlige Kopflosigkeit! Die Kriegserklärung an Russland enthält eine doppelte Fassung der Gründe. Der Gesandte Graf Pourtales sollte nach den Umständen nur eine von beiden Begründungen überreichen, aber die russische Regierung erhält beide Fassungen. Diese Verwirrung ist noch nicht der Gipfel. Um ein Uhr nachmittags geht die Kriegserklärung nach Russland, um 9 Uhr abends schreibt Willi, wie Wilhelm II. noch jetzt unterzeichnet, nochmals ein Telegramm an den Zaren, worin Verhandlungen angebahnt werden:

„Ich muß auf das Ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, auch nur die leiseste Verlegung unserer Grenzen zu vermeiden.“

Das Telegramm wurde um 10.30 Uhr abends abgesandt, 9 Stunden nach der Kriegserklärung. Wilhelm hatte vor Angst den Berstand verloren.

Über das Kautsky'sche Buch wird noch viel zu schreiben sein, wenn es im Wortlaut vorliegt. Heute nur eine Bemerkung: mit Wilhelms Randbemerkungen läuft der Nimbus der Hohenzollernmonarchie endgültig vor der Weltgeschichte zusammen. Will man in Wilhelm keinen Verbündeten sehen, so war er zum mindesten ein armeliger hohlköpfiger Narr, ein Feigling in Heldenvolle, der zur Plastierung seiner inneren schlotternden Angst energisch sein wollte und damit die Welt ins Unglück stürzte.

So sieht der Mann aus, nach dessen Aussicht sich heute die altdutschen Kehlen heiser schreien!

Sowjet-Russland für Frieden um jeden Preis.

In einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Daily Herald“ in Kopenhagen erklärte der Sondergesandte der Sowjet-Republik Litwinow, daß Sowjet-Russland keine imperialistischen Ziele habe. Keiner der Randbemerkungen

soll gezwungen werden, bei Russland zu bleiben, ebenso wenig Sibirien. Die Sowjetregierung sei zu großen Konzessionen an fremde Regierungen bereit, denn sie suche um jeden Preis Frieden. Die Sowjetregierung sei teilweise gewungen, ein Kompromiß zwischen Kommunismus und Kapitalismus anzunehmen. Der vollständige Kommunismus sei nicht möglich, es sei denn, daß andere Länder ihn auch einführen.

Deutschland und die Entente.

Eine neue Note in Aussicht.

Die „Times“ meldet aus Paris: Im Rat der Alliierten ist eine neue Note an Deutschland beschlossen worden, in der die Ausführung der Waffenstillstandsverpflichtungen bis Ende Dezember verlangt wird.

Der „Corriere dello Sera“ meldet: Am Freitag findet in London eine Konferenz von Vertretern der französischen, der italienischen und der englischen Regierung zu Besprechungen der gegen Deutschland eingetragenen Haltung und der Folgen des amerikanischen Senatsbeschlusses statt.

Die italienischen Sozialisten gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen.

Nach einer Meldung der „Frank. Ztg.“ nahm die sozialistische Fraktion der italienischen Kammer einen formellen Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich an, die sie eine lastenwidrige, grausame Sklaverei nennt. Die Fraktion fordert das Proletariat aller Länder auf, auf die Befreiung der Gefangenen in energetischer Weise hinzuwirken.

Gefangennahme von Ubootkommandanten?

Das „Reuter's Bureau“ berichtet: Britische Zerstörer brachten zwei Schlepper auf, die von Kiel kommend, nach Südamerika fahren wollten. Auf ihnen befanden sich eine Anzahl deutscher Marineoffiziere, hauptsächlich Unterseebootskommandanten, deren Auslieferung an die Entente man beschriebe und die auf diese Weise entkommen wollten. Die beiden Schlepper liegen jetzt im Londoner Hafen und werden von bewaffneten Matrosen und Zerstörern bewacht.

Eine Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten. Vielleicht handelt es sich nur um eine sensationell aufgebauten Meldung des nicht immer zuverlässigen Nachrichtenbüros.

Die Gemeindewahlen in Frankreich.

Am Sonntag haben in ganz Frankreich die Gemeindewahlen stattgefunden. So weit bisher bekannt, sind sie ruhig verlaufen. Das Wahlergebnis liegt noch nicht vor. In Paris erzielten die Sozialisten augenscheinlich einen kleinen Gewinn.

In Strasburg erhalten bei 36 Sitzen die Sozialisten 17, die Radikalen 4, der nationale Block 15 Sitze. Die Wahlvertreter (Soz.) zum Bürgermeister scheint gesichert. In Colmar ist die ganze Liste durchgezogen. In Mülhausen wurden 18 Sozialisten und 18 Vertreter der republikanischen Gruppe gewählt. In Metz fielen von 32 Sitzen 27 dem republikanischen Bunde zu; für vier Sitze findet eine zweite Wahl statt.

Das Schicksal des Rates von Flandern.

Von 93 Mitgliedern des Rates von Flandern fielen 7 in die Hände der belgischen Justiz; teils wurden sie verurteilt, teils erwartete sie noch ihre Urteilsfassung. Die 86 anderen flüchteten. Sie fanden nunmehr in Brüssel Asyl und zwar in drei Parteien. Zuerst die, die seinerzeit Bethmann Hollweg in Berlin einen Besuch abstatteten, dann die, die die Stellungen annahmen, die die Deutschen bezahlten, und schließlich die, die nur einfach Mitglieder des Rates waren.

England lehnt ein Schiedsgericht ab.

Der offiziöse „Daily Chronicle“ weist den Gedanken einer Beilegung des Haager Schiedsgerichtshofes mit der neueren Streitfrage zwischen den alliierten Mächten und Deutschland schroff zurück, bemerkt aber, daß vielleicht über Einzelheiten verhandelt werden könnte, wenn Deutschland nachweisen kann, daß die Erfüllung der Forderungen der Alliierten Deutschland nicht bauen lasse und keinen Wiederaufbau mehr behindere, als befürchtigt sei.

Die Liquidation des Baltikum-abenteuers.

Aus dem Baltikum wird berichtet, daß die russischen Truppen des Detachements Kowalew zunächst in ein Kriegsgefangenenlager nach Neisse gebracht werden; die deutschen Truppen werden sofort in die Heimat nach ihrem Standort eingeleitet. Der deutsche Beauftragte in Riga, Schwemann, verläßt mit dem gesamten Personal im Einvernehmen mit der

mögliche Hebung der Rote. Die Demokraten wollten für die unehrenhafte Presse für Brennmaterial die angeblich so hohen Schäne verantwortlich machen, müssten sich aber befehlen lassen, daß die Schäne stets der Preissteigerung nachhinken. Die Absicht der Rechtsparteien, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, wurde nicht erreicht. Der Senatsrattag wurde angenommen, bedarf aber einer zweiten Leistung. Einige Demokraten stimmten mit der sozialdemokratischen Fraktion.

Zu Beginn der Sitzung wurde auch die halbstündige Erneuerung des Bürgerausschusses vorgenommen. Wir werden künftig 13 von den 24 Sitzen innehaben.

Der Antrag über Erhöhung des Bauzuschusses an den gemeingängigen Bauverein benützte der Demokrat Alois Künzli, um gegen die ausgeschwärter Tischler loszugehen und den Nutzungsgeist zu propagieren. Die Genossen Beck, Dregge, Ad. Löwigt und Al. Liefeldt zeigten, wie die Kleinmeister sich von der Großindustrie schließen lassen und betonten, daß die Unternehmer sich von ihrer alten arbeiterfeindlichen Taktik nicht trennen könnten. — Beim Antrag über die Aushebung der wissenschaftlichen Akademie beim Lehrerseminar brachte Genosse Schermer die Forderung der Lehrerschaft zur Sprache und erinnerte ferner noch daran, daß es ein falscher Glaube sei, wenn man annahme, die Beamten hätten immer neue Lehrerungszulagen erhalten, während es sich um Abholzabzüge handele.

Zu einer großen Debatte führte der Senatsrattag bezüglich einer vom Religionsunterricht. Wöhrend von der Rechten für die Verbehdigung der religiösen Unterweisung in der Schule gefordert wurde, führten die Genossen Henneken, Schermer, H. Puls, Haub und Frau Jacobat schwerwiegende Argumente ins Feld, die das Ungefundene der bisherigen Religionserziehung darlegten und zeigten, zu welch eigenartigen Zwecken der Religionsunterricht vielfach beruft wurde. Frau Puls von den Demokraten versucht ihren Standpunkt recht geschickt, während der deutchnationale Pastor Künzli seine rechte Körner ausschülen konnte. Die Religionsfrage ist, das sei hergehoben, eine sehr heile Frage, zu deren Lösung es großer Geschicklichkeit bedarf und die des Tatgefühls nicht entbehren kann.

Das Rebedürfnis der Bürgerschaft ist sehr ausgedehnt. Der Parteiführer Chlors mußte in der vergangenen Sitzung oft ermahnen, sich doch nur zu lassen und mehr „bei der Stange“ zu bleiben. Auch am Montag gab er dieser gerechten Forderung Ausdruck, aber die Rebedürfniskrankheit lounzte der Parteiführer nicht mit einem Handschlag heilen. Er zitierte zwar etwas nervös mit dem Bleistift auf der Rednerliste herum, schwieß sich jedoch ins Knie und schrie: „Da mag jede Rücksicht auf die Arbeit der Bevölkerung vermissen! Ich, so seien diese keinen anderen Ausweg, als dem Beispiel ihrer Kollegen vieler anderer Städte zu folgen und — zu streiken. Es ist wohl nur den wenigsten bekannt, welch großer Anstrengung die Kreisverwalter bei vier- und mehrstündigen Dauerarbeiten ausgesetzt sind. Hinzu kommt, wie wir fürstlich schrieben, daß die Berichterstatter schon eine Tagesarbeit hinter sich haben, und daß ihnen zur Fertigstellung des Verhandlungsergebnisses noch eine weitere Nacharbeit bevorsteht. Die Berichterstatter können sich nicht, wie die Parlamentsmitglieder, eine Kunspause gönnen, und was uns persönlich betrifft, so haben wir auch keine elektrische Bogenlampe zu Hause, sondern arbeiten bis 2 oder 3 Uhr nachts bei einer leuchtenden Glühlampe. Die Berichterstatter sind auch Menschen, und wenn sie schon die Plakereien ihres Berufes als etwas Gegebenes in Kauf nehmen, so wollen sie doch in dieser schweren Zeit nicht die allein Leidtragenden sein. Bei etwas gutem Willen wird es nicht nötig sein, daß der Schluss der Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich geht, wie es gestern nach 10 Uhr geschehen ist.“

Auswanderung und Mädchenhandel.

In der letzten Nummer der „Glocke“ dem ausgezeichneten Organ der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, lesen wir folgende sozialdramatische Ausführungen:

„Der Friedensvertrag die Möglichkeit zum Höhnen Wiederaufbau nimmt, wird es lange dauern, bis wir alle Qualen überwinden haben, die ein wirtschaftlich zusammengebrochenes Volk ertragen muss. Zu den schlimmsten gehört, daß viele unserer Brüderinnen, die den Glauben an eine günstige Entwicklung Deutschlands verloren haben, ins Ausland gehen, wo sie nicht nur den Verlust der Heimat zu ertragen, sondern auch schwere Gefahren meist tödlich zu begegnen haben.“

Der Arbeitsmarkt für Männer hat sich erheblich gebessert, der für Frauen nicht. Selbst die Frauen, die sich in fester Stellung befinden, haben stets zu befürchten, daß sie arbeitslosen Männern Platz machen müssen. Die Herausforderungen sind durch den Kriegsaustritt verminder. Die Lebigen Frauen werden also am besten zur Auswanderung neigen. Sie aber sind gerade von den jungen Gefahren bedroht, denn wenn auch sonst die Deutschen unerbetene Gäste in überseeischen Ländern sind, dem Mädchenhandel sind die deutschen Frauen willkommen. Ihre frühe Warnung kann denjenigen geben, die in Gefahr sind, anhingens diesem Schicksal entgegenzugehen.“

Die Mädchenhändler treten mit lockenden Angeboten und Versprechungen an Frauen und Mädchen heran. Ein günstiger Vertrag wird abgeschlossen und die Ueberreise angekündigt.

Erweist sich der Vertrag als Täuschung und finden die Ausgehandelten, die die Verhältnisse des fremden Landes nicht kennen, statt eines guten Hauses, in dem sie Erzieherin, Hausangestellte oder Handelsangestellte werden wollten, ein Freudenhaus als Unterkunft vor, dann ist es zu spät, sie vor Entsetzen zu befreien. „Soviel ist es aber meistens auch bloss so, daß die Reise angekündigt ist. Wer fühlt heute ein eustisches Mädchen bei der Ankunft in Buenos Aires z. B., das wieder wie früher der Hauptmarkt des Mädchenthalbs in Amerika ist? Deutsche Vertreter, Gesandtschaften und Konsuln sind nicht da. Die geschlossenen Verträge sind wertlos. Andere Arbeit ist für Deutsche heute im Auslande nicht leicht zu finden. Das Schicksal dieser Mädchen ist furchtbar.“

Wer sich eine Vorstellung davon macht, dem braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß die Warnung am Platze und scheinbar jeder zu ihr verpflichtet ist. Besonders junge Mädchen sind geneigt, sich von Angeboten guter Ueberlebensstellungen zu täuschen und ihnen zu folgen. Undere, in der Unsicherheit der Heimat zu entgehen, ohne Ueberleitung, verschwinden, Verlustorganisationen und andere Vereine, zu warten.

Sagt, daß große Vorsicht geboten ist und daß die Deutschland, das vorläufig jeden Arbeitswilligen gebrauchen will, verlassen wollen, es nur dann tun dürfen, wenn sie von einer Stelle, am besten bei den Stellen des Reichsmarschalls, festgestellt haben, daß ihnen Gefahren, wie die genannten, nicht drohen. Hoffentlich kommt diese Warnung in deutschen Frauen und Mädchen im neutralen Auslande zuviel, die ihnen Aufenthalt dort abwehren wollen, und die ein londers helles Opfer der Mädchenhändler sind. Sie finden at bei den deutschen Behörden.“

Verlängerung der Zeichungsfrist für die Spar-Branche. Da infolge der Verkehrssperre die rechtzeitige Weiterleitung des Zeichnungsmaterials sich in allen Gegenden Deutschlands verzögerte, ist die Zeichungsfrist für die deutsche Spar-Kompanie bis zum 10. Dezember verlängert worden. Der Kamm für die rechtzeitige Weiterleitung der Zeichnungen aufgezähmt ist infolgedessen ebenfalls verlängert worden und zwar bis 8. Januar 1920.

Eintreffen der Straßenbahn. Anlässlich der Beerdigung des verstorbene Rechtsfahrers der Genossenschaftsbücherei, Peter Pape, legt die Direktion der Straßenbahn-Mitteilung nachmittags 8 Uhr mehrere Eintreffen ein, die vom Anfang nach dem Domkirchhof direkt verkehren werden. Die Elterns Kreuze der Gefallenen. Die Elternen Kreuze unter den Gefallenen in Friedland nicht abnehmen wollen. Sie haben sich bei der Generalversammlung in

Angzahl Anträge von militärischen Dienststellen auf Erlos verhore Mehlentnahmen, höchste Beigaben, Posten und Abgaben Nachweisen des rechtmäßigen Besitzes der Auszeichnung. Als eine Unterlage ist häufig nur die ehemalige Bestätigung des Antragstellers gegeben, daß Ihnen das Kreuz bei der Gefangenahme abgenommen sei. Es ist aber notwendig, daß dem Antrag das Bezeugnis, ein Stammtollenauszug oder eine Bescheinigung des Truppenteils über die Rechtmäßigkeit des Antritts beigelegt wird. Ist die Bebringung keines dieser Ausweise möglich, so darf es unbedingt der Angabe, wann und bei welchem Truppenteil die Auszeichnung erworben ist. Nur dann können die Anträge den jetzt ausständigen Dienststellen zur Nachprüfung zugelassen werden. Der Reichswehrminister hat außerdem noch darauf hinzuweisen, daß der unentgeltliche Erhalt Eiserner Kreuze nur dann erfolgen kann, wenn dieselben während des Feldzuges ohne Verlusten der Beliehenen in Verlust geraten sind.

Aufkleben der Gefangenepalete nach Frankreich. Seit einiger Zeit häufen sich die Beklommen über das Ausbleiben von Paketen, die an unsere Gefangenen in Frankreich abgesandt sind. In einzelnen Lagern werden Hunderte und Tausende von solchen Sendungen vermisst (z. B. in Serres-Carpentras und Béziers). Die eingeleitete Unterucherung hat ergeben, daß die Vermutung der armen Gefangenen, die Pakete würden von der deutschen Post im Erwartung der baldigen Rückkehr der Gefangenen nicht mehr befördert, unzutreffend ist. Die Pakete sind sowohl auf deutschem, wie auch nach einem Besuch der schweizerischen Postverwaltung an den deutschen Hilfsausschuß des Gefangenengelagers Serres-Carpentras auf schweizerischem Gebiete regelmäßig weiter befördert worden, müssen also irgendwo auf französischem Boden in der Beförderung aufgehalten worden sein. An die französische Postverwaltung ist das dringende Eruchen gerichtet worden, für die Isolierung der noch ausstehenden Sendungen an die Gefangenen zu sorgen.

Der Kartoffelverkauf am Produktentzerr ist wieder aufgenommen worden. Der Preis beträgt 21 Pf. für 150 Pfund. Die Bezugsfarte A der grünen Kartoffelart ist abzugeben. Der Verkauf findet werktags von 8 bis 2 Uhr statt.

Geschäftsverbindungen mit dem Auslande. Der Handelskammer sind wieder aus dem Auslande Mitteilungen und Anfragen, die sich auf die Wiederanknüpfung von Geschäftsbeziehungen mit Deutschland beziehen, zugegangen. Die Handelskammer gibt hierigen Interessenten anheim, die eingegangenen Schriftsätze in der Konzil der Handelskammer in den Geschäftsstunden von 8—3 Uhr einzusehen.

Fernsprecher. Schweden—Deutschland eröffnet. Heute Dienstag wurde die Telefonverbindung Schweden—Deutschland eröffnet. Der Beleiter wurde logisch so lebhaft, daß die Bezeichnung der Linie auf Schwierkeiten stößt.

Die Arbeitsbaugenossenschaft ist am 1. Dezember bei starkem Andrang der eingezeichneten Mitglieder gegründet worden. Die Versammlung wurde eröffnet und geleitet durch Genossen Steen, Vorsitzender der vom Gewerkschaftsrat gewählten 15er-Kommission. Nach einleitenden Worten über die Tätigkeit der Kommission und über die Aufgaben der Arbeitsbaugenossenschaft wurde das vorgelegte Statut verlesen und nach einigen Aenderungen, die aus der Mitte der Versammlung beantragt wurden, einstimmig angenommen. In den Vorstand wurden gewählt: die Genossen Fritz Steen, Karl Embke, Richard Bauer, Karl Lüth und Joseph Gogolowsky. Die Wahl zum Vorstand erfolgte einstimmig. In den Aufsichtsrat wurden von 18 vorgeschlagenen Genossen 12 in den Aufsichtsrat und vier als Ehrengäste gewählt. In der nächsten Zeit werden öffentliche Versammlungen in allen Stadtteilen stattfinden, um die gesamte Bevölkerung über die Bestrebungen der Arbeitsbaugenossenschaft aufzuklären und weitere Mitglieder zu werben. Nach dem angenommenen Statut wird aus den Überschüssen ein Fonds für Siedlungszaude gebildet, so daß die Siedlungsbestrebungen durch diese Genossenschaft im weitesten Maße gefördert werden. Den Ansiedlern ist zu empfehlen, mit dieser Genossenschaft anzuschließen, um unnötige Kostenplätzung zu vermeiden. Aufnahmen zur Arbeitsbaugenossenschaft werden in allen Gewerkschaftsbüros, im Arbeitersekretariat und durch den Vorsitzenden, Genossen Fritz Steen im Bureau des Arbeiterrates eingegangenommen. Der Andrang war so groß, daß bereits 10 000 Mark gezeichnet wurden.

Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung. Am 1. Dezember ist Herr Lorenz zur Nieden als Vertreter der Landesabteilung Hamburg-Lübeck der Zentrale für Heimatsdienst Berlin und aus der Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung ausgeschieden, um sich ganz seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Volkschule zu widmen. An seine Stelle tritt am 1. Januar 1920 Herr Josef Heinmann, hier. Bis zum Amttritt desselben wird der Leiter der Landesabteilung, Herr Carl Braun, die Arbeiten für die Zentrale für Heimatsdienst Berlin in Lübeck erledigen. Die Geschäftsräume befinden sich nach wie vor Untertrave 106, Telephon-Nr. 1672.

In der Volksküche wurden im November 22 483 Portionen abgegeben, per Tag 749 Portionen. Außerdem 7863 große Tassen Kaffee, 11 633 Portionen Überdosen und 2032 Kinderportionen.

Das neue Kabarett „Nebermann“, Filmhansen 17/19, wird heute, Dienstag, abends 7 Uhr eröffnet. Unter Leitung des Architekten Leichmann ist durch Lübecker Kunst-Handwerker das frühere Etablissement einem vollständigen Umbau unterzogen und der leichten Muße eine behagliche Stätte geschaffen worden. Die Direktion Heinrich Todt hat eine aussergewöhnliche Künstlerschar verpflichtet, die bestrebt sein wird, das künstlerische Publikum auf angenehmste zu unterhalten.

Stadttheater. Mittwoch werden die komischen Opern „Doctor und Apotheker“ und der „Dorfbarbier“ wiederholt. Am Donnerstag wird für die Schauspielgemeinde (gelbe Karten) zum erstenmal „Diamant“ von Hebbel gegeben.

Harja-Theater. Hans Bachmann ist noch für ein zweites Gastspiel gewonnen worden, und zwar wird er den Harry-in-Oster-Strauß Operette „Eine Badnacht“ am Freitag abend singen.

Hühnerdiebe. Festgenommen wurden zwei russische Arbeiter, die in dem dringenden Verbacht stehen, einem in Blankensee wohnhaften Hüfner 20 Hühner gestohlen zu haben.

Wegen Körperverletzung festgenommen wurde ein schwedischer Matrose, der auf einem im Hafen liegenden Dampfer bedient ist. Der festgenommene war in einer am Hafen liegenden Wirtschaft mit einem schwedischen Steuermann in Streit geraten. Als letzter sich entfernte, um an Bord zu gehen, wurde er von dem festgenommenen verfolgt und mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen, daß er eine lässende Wunde davontrug und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Dießbüchle. Von einem Rollfußwerte abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist eine Kiste Arzneimittel, bezeichnet C und C 28298. — In der Nacht zum 1. ds. Ws. sind aus einer Barade der Reichskanzleranstalt auf dem Burgfeld 21 feldgrüne Militärröcke, 23 gestickte Militärdolche und 9 Militärdolche mittellange Eindrücke gestohlen worden. Aus einem Zigarettenladen in der Grauenburger Allee sind in letzter Nacht folgende Sachen gestohlen: 15 Bd. Rauchtabak (Großschmitt), 10 Bd. Shag, 1200 Zigaretten (Marke „Norma“, „Kalle“ und „Hausmacher“), 400 Zigaretten (Marke „Goldfalte“, „Top“, „Midi“, „Salem“, „Dandy“, „Panette“ und „Coral“).

Angrenzende Gebiete.

Witten. Einige Minuten verhörlte ich im Va- derteil Lübeck. Den Mittwochabend des Bundesausschusses ist der Vortrag des Landesverbands Lübeck für 1920 angegangen. Das aufgelöste Jahr 1918 hat eine Mehrerlöse von 625 000 Mark erbracht. Seine Mehrerlöse steht nicht eine Mehrerlöse von 250 000 Mark.

Angabe Anträge von militärischen Dienststellen auf Erlos verhore Mehlentnahmen, höchste Beigaben, Posten und Abgaben Nachweisen des rechtmäßigen Besitzes der Auszeichnung. Als eine Unterlage ist häufig nur die ehemalige Bestätigung des Antragstellers gegeben, daß Ihnen das Kreuz bei der Gefangenahme abgenommen sei. Es ist aber notwendig, daß dem Antrag das Bezeugnis, ein Stammtollenauszug oder eine Bescheinigung des Truppenteils über die Rechtmäßigkeit des Antritts beigelegt wird. Ist die Bebringung keines dieser Ausweise möglich, so darf es unbedingt der Angabe, wann und bei welchem Truppenteil die Auszeichnung erworben ist. Nur dann können die Anträge den jetzt ausständigen Dienststellen zur Nachprüfung zugelassen werden. Der Reichswehrminister hat außerdem noch darauf hinzuweisen, daß der unentgeltliche Erhalt Eiserner Kreuze nur dann erfolgen kann, wenn dieselben während des Feldzuges ohne Verlusten der Beliehenen in Verlust geraten sind.

Aufkleben der Gefangenepalete nach Frankreich. Seit einiger Zeit häufen sich die Beklommen über das Ausbleiben von Paketen, die an unsere Gefangenen in Frankreich abgesandt sind. In einzelnen Lagern werden Hunderte und Tausende von solchen Sendungen vermisst (z. B. in Serres-Carpentras und Béziers). Die eingeleitete Unterucherung hat ergeben, daß die Vermutung der armen Gefangenen, die Pakete würden von der deutschen Post im Erwartung der baldigen Rückkehr der Gefangenen nicht mehr befördert, unzutreffend ist. Die Pakete sind sowohl auf deutschem, wie auch nach einem Besuch der schweizerischen Postverwaltung an den deutschen Hilfsausschuß des Gefangenengelagers Serres-Carpentras auf schweizerischem Gebiete regelmäßig weiter befördert worden, müssen also irgendwo auf französischem Boden in der Beförderung aufgehalten worden sein. An die französische Postverwaltung ist das dringende Eruchen gerichtet worden, für die Isolierung der noch ausstehenden Sendungen an die Gefangenen zu sorgen.

Hamburg. Die Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs zählt jetzt 75 000 Mitglieder und hatte im letzten Quartal etwa 2000 Aufnahmen zu verzeichnen. Genossen Leuteritz gab in der letzten Versammlung den Bericht über die Tätigkeit der Bürgergerichtsfraktion, wobei er u. a. hervorhob, daß mit der Fraktion der U. S. P. zum Teil ein recht gutes Zusammenarbeiten möglich sei, das er vor allem für die zukünftigen Verfassungsberatungen erhoffte. Einige Nachblicke gebe es ja überall, aber die werden von den verständigen Genossen in der U. S. P. selbst nicht ernst genommen. Die Einwohnerwohnen müssen von ihnen heraus kräftig demokratisiert werden; und die Genossen müssen vollzählig eintreten. Im übrigen: die Zeit der Schlagworte sei nun einmal für die Sozialdemokratie vorbei.

Hamburg. Zur Gründung auf der Vulkanwerft schreibt das „Echo“, daß Verhandlungen im Gange sind. Es sei nicht jetzt, wie reicht unsere Genossen handeln, als sie es ablehnen, ihre Mandate zum Betriebsrat niedezulegen, und wenn die Verhandlungen noch irgend einen Ausweg finden lassen, der der organisierten und zur regulären Arbeit bereiten Arbeiterschaft, die jetzt auf der Straße liegt, eine Lebensmöglichkeit bietet, so wird es nur diesem Umstand zu verdanken sein. Allerdings werden, wie der unabhängige Bevollmächtigte Wagner des Metallarbeiterverbandes sehr richtig dieser Tage schrieb, Mittel und Wege gefunden werden müssen, um zu verhindern, daß die besondere Arbeiterschaft in ihrem gewerkschaftlichen Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen von gewissenlosen, brutalen Hektern und gewalttätigen Menschen vertraten wird und ihre Arbeitsplätze zum Zunimmplatz fanatischer Raufbolde gemacht werden.

Neueste Nachrichten.

Der Oberste Rat ist verstimmt.

II. Berlin, 2. Dezember. Der „Mondeille de Lyon“ erzählt aus Paris, daß der Oberste Rat sich in seiner Sitzung am Montag eingehend mit der deutschen Note über Scapa Flow beschäftigt hat. Die Erklärung, der französische Deutschland die Ablieferung von Troddocks energisch verweigern will, habe im Obersten Rat sehr verstimmt, besonders bei der englischen Delegation, wo man erklärt, daß der Wortlaut des Memorandums der deutschen Regierung von einer solchen Unverschämtheit sei, der seitens des Obersten Rates eine entsprechende Antwort erteilt werden müsse. In der Frage der ehemaligen Kriegsgefangenen, welche der Oberste Rat nochmals erörterte, ist man französischerseits nicht zu Konzessionen geneigt. Es wird erklärt, daß Frankreich angesichts der Haltung Deutschlands, die auch durch die Scapa-Flow-Note zur Genüge klar gemacht werde, kein Interesse daran habe, Deutschland in irgendeiner Weise entgegenzutreten. Eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland sei französischerseits hervorragend die Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet verschiedentlich vorgeschlagen worden, ohne daß man einem Ergebnis näher gekommen sei, da deutschereits nicht das genügende Entgegenkommen bewiesen werde. Da diese Frage mit der Heimhaftung der Kriegsgefangenen im engen Zusammenhang steht, wolle man vorläufig abwarten, bis der Friedensvertrag in Kraft getreten sei, um die Heimhaftung zu beginnen.

Zunehmende Radikalisierung der Parteidämme.

II. Elbing, 2. Dezember. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten nach scharfen Wahlkämpfen, den besonders die „Unabhängigen“ aufwärts zu ziehen, von 60 Mandaten die „Unabhängigen“ 29, die Mehrheitssozialisten 5, das Zentrum 5, die Deutschen 4 und die Deutsche Volkspartei 1, die Deutschnationalen 4 und die unpolitische Liste 13. Bei der Beurteilung dieses Wahlergebnisses darf man nicht außer acht lassen, daß Elbing von Danzig aus geistig beeinflußt wird, demselben Sonntag, wo in den letzten Tagen eine so sonderbare Einigung zustande gekommen ist. Red. d. L. B.

Die Wahlen im Kreise Belgard.

II. Stettin, 2. Dezember. Bei den Kreistagswahlen im Kreise Belgard erhielten die Deutschnationalen 611 Stimmen, die Demokraten 322, die Sozialdemokraten 242 Stimmen. Der Kreistag war, ohne Angabe von Gründen, auf eine sozialdemokratische Einigung von der Regierung ausgelöst worden. Die französischen Sozialisten gegen eine weitere Besezung.

II. Karlsruhe, 2. Dezember. Die französischen Sozialdemokraten haben gegen die weitere Besezung von Teilen des Rheinlandes durch französische Truppen bei der Regierung Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß Frankreich dadurch einen unverhältnismäßig großen Komplex mit seinen Truppen besiege, gegenüber den übrigen verbündeten Mächten.

Die Eröffnung des italienischen Parlaments.

II. Rom, 2. Dezember. Das Parlament ist Sonntag feierlich eröffnet worden. Der Saal war eine Stunde vor Beginn bis zum letzten Winkel gefüllt. Die allgemeine Aufmerksamkeit war den Sozialisten gewidmet, die drei ganze Säle einnahmen und die rote Fahne im Knopfloch trugen. Alle waren im Staatszug ordentlich einer Loge ohne Kragen. Die Spannung auf ihr Ver

Aussperrung im Holzgewerbe.

Da die Leitung des Holzarbeiterverbandes immer behauptet, die 46stündige Wochenarbeitszeit wäre seitens der Arbeitgeber längst zugestanden, sehen wir uns veranlaßt, nachsthendes der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

Lübeck, den 26. November 1919.

An den

Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Lübeck.

Die in ihrem Schreiben vom 26. November d. Js. aufgeworfene Frage, ob dem Holzarbeiterverband durch die am 23. August d. Js. in Lübeck getroffene Vereinbarung die 46stündige Wochenarbeitszeit vom Arbeitgeberschutzverband zugestanden ist oder rechtmäßig ein solches Zugeständnis aus jener Vereinbarung abgeleitet werden kann, muß ich verneinen.

Bei den Verhandlungen zur Beilegung des Streites im Holzgewerbe im August d. Js. stand die Forderung der Arbeitnehmer auf Einführung der 46stündigen Arbeitswoche im Vordergrunde der Beratungen. Die Vertreter des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe zu Lübeck sahen sich außerstande, diese Forderung zuzulassen. Die Versuche, die widerstreitenden Auseinandersetzungen zu vereinigen, scheiterten, bis schließlich auf Grund des Umstandes, daß zentrale Verhandlungen schwieben, und daß man das baldige Zustandekommen eines Reichstarifes erwarten zu können glaubte, eine Verständigung dahin erzielt wurde:

„Die Forderung der Arbeitnehmer auf weitere Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 46 Stunden wird mit Rücksicht auf die zurzeit in Berlin schwelenden zentralen Verhandlungen zurückgestellt. Diese Frage wird dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen entsprechend geregelt.“

Aus dieser Vereinbarung ergibt sich, wie ich bei den jüngst stattgehabten Verhandlungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bereits dargelegt habe, folgendes:

Die Arbeitnehmer halten ihre Forderung auf Einführung der 46stündigen Arbeitswoche nach wie vor aufrecht. Eine Preisgabe dieser Forderung wurde ausdrücklich abgelehnt. Aber auch die Arbeitgeber hielten ihren Widerspruch gegen die Forderung der Arbeitnehmer ausdrücklich aufrecht und erklärten sich außerstande, in diesem Punkte nachzugeben, mit der Maßgabe jedoch, daß die Arbeitgeber sich dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen fügen, daß sie sich dem Reichstarif, dessen baldiges Zustandekommen man erwartete, unter allen Umständen unterwerfen würden, selbst wenn et die 46stündige Arbeitswoche für Lübeck vorsehen sollte.

Der Reichstarif ist nicht zustandekommen. Die zentralen Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages sind zwar, wie jüngst bei den im Arbeitsamt stattgehabten Erörterungen berichtet wurde, nicht an einer Meinungsverschiedenheit über die Arbeitszeit, sondern aus anderen Gründen gescheitert.

Die über einzelne Fragen des Tarifvertrages etwa erzielte Verständigung hat indessen, wie sich aus der Natur derartiger Verhandlungen ohne weiteres ergibt, nur Geltung, wenn der Tarifvertrag als Ganzes zustandekommt. Sollte also bei den zentralen Tarifvertragsverhandlungen Übereinstimmung erzielt sein über die 46stündige Arbeitswoche, — ob dieses der Fall ist, entzieht sich meiner Kenntnis — so hat diese Übereinstimmung zweifellos nur Geltung für den Fall, daß der Reichstarifvertrag als Ganzes zustandekommen wäre. Es ist nicht angängig, aus solchen Verhandlungen einzelne Punkte herauszugreifen und etwa erzielte Verständigungen über Einzelfragen bereits als rechtlich bindende Abmachungen hinzustellen.

Diese lediglich vom Rechtsstandpunkte gegebene Auslegung ist völlig zweifelsfrei. Wie weit die bei den zentralen Verhandlungen gemachten Zugeständnisse der Reichsverbände beim Scheitern des Reichstarifes den örtlichen Verwaltungen etwa beachtliche Richtlinien bieten können, ist eine Frage, die mit der Rechtsverbindlichkeit jener Vorverhandlungen nichts zu tun hat; die vielmehr nach praktischen Erwägungen zu regeln ist.

Ich habe geglaubt, eine Abschrift Ihres Schreibens vom 26. d. Ms. und einen Durchschlag dieses Schreibens auch dem Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Lübeck, überzenden zu sollen.

Trotz dieses Urteils und trotz des noch bis zum 15. Februar laufenden Vertrages verweigern die Gesellen die Erfüllung ihrer Vertragspflichten.

Wir fordern daher das verehrte Publikum, insbesondere alle Arbeitgeber auf, uns in unserem gerechten Kampfe weitgehend zu unterstützen.



Für jeden Geschmack

bietet der neue
Katalog der

Ullstein - Schnittmuster

etwas Passendes

Überzeugen Sie sich selbst bei

Rudolph Karstadt

Die einzige Bezugsquelle für

„Ullstein-Schnittmuster“ in Lübeck ist

Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

Deutsch. Holzarbeiter-Verband | Lübecker Genossenschafts-

Zahlstelle Lübeck.

Wohlerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 3. Dezember 1919

abends 6½ Uhr

im Sohle d. Herrn Jr. Lender, Hundestr.

10791 Die Lokalverwaltung.

Arbeitsamt.

Abt. Berufsberatung u. Lehrstellenvermittlung

Untertrabe 104. Sprechstunden

der männlichen Abteilung: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12—2 Uhr und Mittwoch nachmittags von 6—8 Uhr. (10769)

der weiblichen Abteilung: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 12—2 Uhr und Dienstage und Freitags nachm. von 4—8 Uhr.

Guterhaltener Blagwagen zu kaufen gesucht. Aug. unt. H W 7 a. d. Exped. (10757)

Gesucht sehr gut erhalten großer Puppenwagen (10755)

Krau Müller, Siegelstr. 12 L.

Damen- u. Kindermantel werden billig angefertigt (10759)

Wickelstr. 15 L.

Liegen gebü. ein Stück, der

Bett. a. L. 12. i. Gemeinschaftshaus. Aug. Lieb. Johannistr. 48 od. Krappennstr. 9 c.

Th. Häveker Seim Reichsd. 7/11.

Dentist R. Düster, Breitestr. 44 (Hans Märkmann & Meyer) Fernspr. 1587 (10754)

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei

Friedr. Meyer & Co. Buchdruckerei Johannisstr. 46.

Stiefelfett die 1/2 Pf. Doce nur 1.30 bei C. Grimm Nachfl.

Lebensmittelhandlung 10755

Postgebühren ab 1. Oktober 1919

Preis 25 Pf.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Bäckerei
e. G. m. b. H.

Trauerfeierhalber ist unser Kontor am 3. Dezember 1919 von nachmittags 2 Uhr ab geschlossen. (10781) Der Vorstand.

H. Schollz Uhrmach. Johannistr. 20. Sprechstunden: 800 Stib. u. vers. Bestecke, Armband- u. Schmuckkett. Weckuhren von 200 Mk. an, mod. Wanduhren, Gonguhr. Messingwerke v. 200 Mk. an, Damenuhren v. 40 Mk. an, Herrenuhr. v. 26 Mk an/10777

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Tiefausgabe mit Sachregister. Preis 21 M. 1.10.

Buchhandlung

St. Meyer & Co.

Die neuen Postgebühren ab 1. Oktober 1919

Preis 25 Pf.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Arbeitgeber-Berband für das Holzgewerbe zu Lübeck.

Sozialdemokr. Verein

6. Distrikt.

Berigung

am 4. d. Ms., abends 7 Uhr im Local Rickhoff, Genferstrasse.

Zusage

Witzig im Sal. Friedr.

Das Erbtheim der Geistlichen und Geistlichen ist unverändig. (10773)

Mitglied. Direktionsführer

D. T. V. (10775)

Buchdruckerei

am 1. d. Ms., abends 7 Uhr im Bureau.

Ernst Samisch

Hilfe Samisch

g. Schulz

10755

Samisch, am 23. Nov. 1919. (10780)

Stralsundstr. 42.

für die heilige Zeitnahme und die zahlreichen Spenden beim Heimat-

festzugeben wir allen Einwohnern sagen wir allen

Verwandten und Bekannten, sowie dem Verein Gregor

Steiner, dem Bauzaun und

anderen Arbeitkollegen, ins-

besondere Herrn Peter

Sereboe für seine trost-

reichen Worte auf diesem

heiligen und heiligen Dom,

Mathilde Fisch 2. Klasse.

Strals. Allee 33a. (10774)

Eine Gaslampe billio zu verkaufen. (10756)

Werk zu verkaufen. (10784)

Eine alte gute, guterhalt-

Arbeitsbücher zu verkaufen. (10763)

Ein guter Winterpaletot zu verkaufen. (10763)

Schöpfkasten 10. (10783)

3. Art. e. Einheitsmittel.

Brotback-Maisch. n. f. neuer

Dameuhut. (10764)

Merlesgrube 85.

Gashähne zu verkaufen.

(10752)

Wickelstr. 15. I.

Groß neuer d. Sch. An-

zug. Gr. 45, für mittl. Gr.

pein. 1. Konfira. zu ver-

kaufen. (10751)

Blaustr. 27. II.

Eine neue weihwollener

Kinder-Sweater für 5—6j.

Kind zu ver-

kaufen. (10750)

Wickelstr. 7. III.

Eine neue weihwollener

Kinder-Sweater für 5—6j.

Kind zu ver-

kaufen. (10753)

Wickelstr. 15. I.

Eine neue weihwollener

Kinder-Sweater für 5—6j.

Kind zu ver-

kaufen. (10754)

Glockengießerstr. 5.

Im Raum

woch morgens

eine große

Partie Kleid-

ding zu verkaufen. (10752)

H. Stempelholz,

Stralsunder Str. 60.

Im Raum

gekauft werden. Zug. mit

1000 M. S. o. 1. Gr.

1000 M. S. o

Versammlung der Lübeder Bürgerchaft.

v. Lübed. 1. Dezember 1919.

Beginn 6.15 Uhr. — Wortführer: G. Chlars.
Der Wortführer widmet vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Bürgerhaftsmitglied Peter Pape einen ehrenhaften Nachruf. An dem Verstorbenen habe nicht nur die Bürgerhaft einen tüchtigen Mann verloren, sondern auch die Partei, der er angehörte, und das Gemeinschaftswohl. In die Stelle des Verstorbenen in der Bürgerhaft tritt der Brauer Max Rößler.

In den Bürgerausschuss wurden neu gewählt: Von der sozialdemokratischen Fraktion: Körner, H. Puls, Henrichsen, Dräger, Wolfstadt, Große, Bruns. Von den Demokraten: Fiel, Bartels, Scheicher, Neufeld und Schwabach. Von den Deutschnationalen: Pedelhoff.

Der Arbeiterrat fordert, das Recht der Fahndungskommission auch auf die Prüfung von Brennmaterialien auszuwehnen. Auf Antrag Knapp (Soz.) wird diese Forderung dem Bürgerausschuss überwiesen.

1. Antrag: Nachbewilligung von Mehrkosten für Gedärten im Krempelsdorfer Volksort.

Dr. Neumarkt (Dem.) möchte eine bessere Begründung für die Mehrausgaben. Er glaubt, die Arbeitsleistungen seien zu gering. Rechnete man mit höheren Leistungen als die erzielten, dann müsse man diesen Arbeitsausfall auch aussprechen.

Senator Dr. Stooss erklärt, der Vorschlag sei rasch aufgestellt worden und die Arbeiten selbst hätten sich als schwieriger in der Ausführung herausgestellt.

Dr. Röger (Soz.) freut sich über die Feststellung vom Senator, so daß der Vorwurf Herrn Dr. Neumarks gegen die Arbeiter nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden können.

Die Senatsvorlage wird angenommen.

2. Antrag: Sieverbesserung an der Untertrave.

Wird angenommen.

3. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betreffend die Enteignung zur Gewinnung von Brennstoffen.

Henk (Deutsch.) erklärt, er sei nicht für eine Bewirtschaftung des Tores, aber man sollte ihn durch Privatunternehmer gewinnen lassen und in städtischer Regie verkaufen. In der Bezahlung des Bodens sollte man nicht so zimmerlich sein. Redner fordert Kommissionsberatung.

Senator Henze erachtet diesen Antrag abzulehnen. Der Kommunalverband werde nach wie vor für beständige Verförderung der Bevölkerung mit Brennstoffen eintreten. Soll dies in Zukunft besser geschehen, dann müssten jetzt die Vorarbeiten in Angriff genommen werden. In diesem Jahre hätten leider große Eingriffe in die Waldbungen stattfinden müssen, was nächstes Jahr nicht mehr möglich sei. Für Toftmoore seien dem Staate Preise abgesondert worden, die man schrankenlos als Bucher bezeichnen müsse. Wenn das Doppelte des Friedenspreises bezahlt werde, müsse es genügen.

Dr. Wittern (Deutsch.): Die Brennstoffversorgung ist in Lübeck besonders schlecht. Die gefundene Kaufkraft des Geldes wird durch das vorliegende Gesetz vollständig ignoriert.

Senator Dr. Stooss hält die Vorlage nicht durch Kommissionsberatung hinauszuschieben und erklärt, die Entschädigung sei richtig gewährleistet. Würde man den Forderungen der Vorredner folgen, kämen für den Torf Phantasielpreise heraus.

Bed (Soz.) begrüßt diese Vorlage im Interesse der gesamten Bevölkerung. Dadurch werde man nicht genötigt sein, den Dreck zu laufen, der heute von den Feuerungsständlern als Torf angeboten wird und der gar keine Heizkraft besitzt. Wenn der Staat selbst mit neuen Maschinen und rationell arbeitet, werden günstigere Preise hergestellt werden können. Und das sei notwendig, da mit durch die Kohlenlieferungen an die Entente noch lange in Feuerungsnarphose leiden. Die Herren Henk und Dr. Wittern hätten wieder versucht, für die Ukrainer etwas herauszuholen. (Zuruf: Gehört sich auch!) Es ist aber doch Tatsache, daß der Grund und Boden gewaltig gestiegen ist, ein Zeichen, daß die Landwirtschaft prächtig floriert. Die Kriegsgewinner haben zum Teil ihre Gelder dort untergebracht. (Henk: Leider!) Es geht gar nicht an, diese künstlich erhöhten Preise jetzt in Betracht zu ziehen. Eine Erhöhung, die bis zu 100 Prozent geht, ist für Deblanc völlig ausreichend. Ferner erkundigt sich der Redner nach dem Grunde der teuren Holzpreise.

Ahlers (Dem.) glaubt, die Kontrolle der Brennstoffe führe zur Verschwendungs. Mancher befürchte sich mit der Feuerung, um für später zu sparen. Dagegen sei es in der Ortskohlenstelle immer sehr warm. Die ersparten Brennstoffe dürfe man nicht aus den zugestellten Mengen anrechnen.

Dr. von Brocken (Deutsch.): Wir können selbstverständlich keine Bucherpreise für Toftmoore bezahlen, aber den landwirtschaftlichen Schaden müssen wir ersetzen. Redner stellt den Antrag, der diesen Schaden vermeiden soll, vergüten soll.

Dr. Neumarkt (Dem.) sieht in diesem Gesetz eine Vermögenskonfiskation. Den Nutzen soll man bestimmen durch den Staat. Dieser habe aber nicht das Recht, die Brennstoffsubstanzen einzunehmen und der Allgemeinheit auszuführen. Wenn unvermeidbar Besitztümer in den Schoß fallen, dem könne man jedoch nicht handeln. Man sollte hier wenigstens einen Förderzins einführen und für jede Tonne Torf etwas entschädigen.

Senator Dr. Stooss: Von einer Übertragung des Enteignungsrechts sei keine Rede. Der Wert der Toftmoore sei erkauft durch die Brennstoffnot in die Erscheinung getreten, früher hatten Besitzer die Ware kaum in Rechnung gestellt. Besondere Schäden würden ja laut Enteignungsgesetz vergütet.

Jakob (Deutsch.) wendet sich gegen die Ausführungen vom Senator und rechnet einen Torspreis von höchstens 25 Pf.

Schumann (Dem.): Die gewichtigen Interessen der Landwirtschaft stehen auf dem Spiel. Wir wollten ursprünglich für die Vorlage stimmen, seien uns aber jetzt durch die Aussprache gezwungen, für Kommissionsberatung einzutreten. Für die Landwirtschaft hätten wir die weitestgehenden Rückfällen zu nehmen. Uebrigens sei es zu beweisen, ob die Staatsregie billigere Ware auf den Markt bringe.

Senator Henze erklärt, der Staat müsse selbstverständlich auch die landwirtschaftlichen Interessen berücksichtigen, bei der Torfgewinnung handle es sich aber nicht um solche. Die Höhe der Entschädigung sei ausreichend. Auch die Allgemeinheit müsse berücksichtigt werden. Zu bedauern sei, daß nicht von Reichs wegen Schritte in dieser Frage unternommen würden. Wälzer und Moore hätten längst anders bewirtschaftet werden müssen. Woher kommen denn die hohen Preise? (Zuruf: Arbeitslöhne!) Nein, weil der freie Handel und die freie Industrie die Bewirtschaftung in die Hand nahmen.

Hauff (Soz.) verweist darauf, daß die Berücksichtung der Kommissionsberatung im Bürgerausschuss die heute vorgebrachten Bedenken nicht hegt. Herr Dr. Neumarkt sprach von einer Vermögenskonfiskation, diese werde aber bei den Arbeitern und Angestellten vorgenommen, die bis zu 15 M. für den Zentner Feuerung bezahlen müßten. Es sei nicht einzusehen, warum ein unvermeidlicher Verlustansatz wenigen zugute kommen soll, die früher die Toftmoore nicht gewertet hätten. Wir wären ja Toren, wenn wir hier nachgeben würden. Eine Tributpflicht durch den Förderzins könne gar nicht in Frage kommen.

Dr. Wittern (Deutsch.) kann sich nicht vorstellen, daß die größte Fraktion der Bürgerhaft für ein unzureichendes Gesetz stimmen werde. Der Förderzins sei nur eine Entschädigung für die Regnahme des Rechtes selbst Torf zu gewinnen. Wenn zwei Fraktionen den Antrag für Kommissionsberatung stellen, sollte die größte Fraktion diesem Rechnung tragen.

Schmitz (Dem.) glaubt, diese Frage werde durch das Reichsfeldungsgesetz entschieden. Dieses Gesetz schreibe für Ansiedlungswälle den Friedenspreis von 1914 vor. Wenn der landwirtschaftliche Schade erfaßt werde, sei Genüge getan. Es sei nicht zu verstehen, warum die zufällige Merkfähigkeit der Toftmoore dem Besitzer zum Schaden der Allgemeinheit allein aufallen sollte.

Dr. Neumarkt (Dem.): Bucherpreise für Torf wollen wir nicht, aber da der Torf ein Wertobjekt geworden ist, darf man doch keine Vermögenskonfiskation der Besitzer vornehmen. Eine Förderabgabe muß auf den Preis gar keinen Einfluß aus.

Der Antrag Henk wird abgelehnt, ebenso der Zusatzantrag von Dr. v. Brocken. Die Senatsvorlage wird angenommen. Eine zweite Lesung ist notwendig.

Senator Henze geht auf die Frage Bed's über den Holzpreis ein und erklärt, eine Billigung aller Beteiligten hätte die Höhe des Preises für richtig erachtet. Uebrioßen werde durch eine Kontrolle der Brennstoffnotrate keine Verfälschung begünstigt, da bis zu 5 Zentner nicht angerechnet würden. Größere Verteilungsquanten könnten nicht in Aussicht gestellt werden. Sollten unberechtigteweise Brennstoffschiebungen vorkommen, sollte man dies der Ortskohlenstelle melden.

Kanis (Deutsch.) erkundigt sich über die schlechte Belieferung mit Brennstoff. Die Verteilung sollte besser geregelt werden, große und kleine Familien müßten monatlich unterscheiden.

Senator Henze verweist wiederholt auf den knappen Vorrat. Weniger als einen Zentner könne man in 4—5 Wochen nicht verteilen. Wo besondere Umstände vorliegen, wird eine Kleinheit mehr gelassen. Wir sind nicht gut beschäftigt und bemühen

uns ständig um Besserung. Es scheint, daß die Schritte des Senats etwas Erfolg haben. Ebenso wird die Industrie Zufuhr aus Überflüssen erhalten. Für die Weihnachtszeit werde wahrscheinlich eine kleine Verbesserung eintreten.

A. Pape (Dem.) kritisiert ebenfalls die schlechte Belieferung Lübecks. Es müsse scharf durchgegriffen werden.

Dr. Wittern (Deutsch.) glaubt, daß andere Städte besser beliefert werden.

Senator Henze: Wo nichts ist, kann nichts verlost werden. Soll etwa den kleineren Familien die knappe Ration auch noch verstärkt werden? Jede Stadt glaubt am schlechtesten gestellt zu sein. Richtig ist nur, daß Berlin als Weltstadt etwas bevorzugt war.

Schröder (Soz.) betont, die Kinderbenützten seien nicht in der Lage, die teuren Holzpreise zu bezahlen. Von ihrer großen Not zeugten die Wagentarawen mit Fleisch und Stubben aus dem Wald.

Klein (Dem.): Die hohen Holzpreise kommen von den hohen Arbeitslöhnen. Die Holzwarenwerker belämen 70 Zentner. Wenn diese Zuteilung gekürzt würde, käme der Allgemeinheit etwas zugute.

W. Kleineldt (Soz.): Die Lebensmittel- und Bedarfssatzpreise sind immer gestiegen, ehe der Arbeiter seinen Lohn erhöhen konnte. Der Haushalt muß doch balanciert werden können.

Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: Erweiterung der Gleisanlage am Gentiner Ufer. Wird angenommen.

5. Antrag: Beschaffungshilfen für Beamte und Angestellte.

Klein (Dem.) erucht um Annahme des Antrages.

Schmitz (Soz.) verweist auf die hohe Teuerung, die eine große Notlage unter den Beamten hervorgerufen habe. 15 Gehaltsklassen der Beamten hätten mit den Teuerungszulagen ein Einkommen unter 5500 M. Der Beamte müsse so viel haben, daß er austomme. Hoffentlich werde bald eine Gehaltsergänzung getroffen, die die Sonderzulagen überflüssig mache. Jede Arbeit müsse gerecht entlohnt werden.

Die Vorlage wird angenommen.

6. Antrag: Unterstützung der Witwe des Hauptlehrers Bäcker. Wird angenommen.

7. Antrag: Ausbau von Grundstücken mit der Schiffswerft von Henn Koch, Aktiengesellschaft in Lübeck. Wird vertagt.

8. Antrag: Drainierung der staatlichen Ländereien an der Ziegelstraße zwischen Nienhof, Bunteluh und Schönköden. Wird angenommen.

9. Antrag: Anlauf des Grundstücks Untertrave 104 für die Zwecke des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes. Wird angenommen.

10. Antrag: Erhöhung des Bauzuschusses für den Lübeder gemeinnützigen Bauverein.

Rosenquist (Dem.) tritt für bessere Ausnutzung der Arbeitszeit ein. Die Holzarbeiter seien für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Von Nutzen für die Allgemeinheit sei diese weitere Arbeitszeitverkürzung nicht.

Bed (Soz.) betont, daß die Lübeder Holzarbeiter ein besonderes Bedürfnis haben, die Arbeitszeit herabzudrücken. Es handelt sich um eine reichsstaatliche Regelung. Die Sache sei auch erklärt worden und nur weil die Unternehmer den Beschuß des Reichsministeriums und des Schiedsgerichtes nicht beachtet, ist es zum Bruch gekommen. Möglich sei die Durchführung der verkürzten Arbeitszeit. Aber die Industriellen ständen hinter den Tischlermeistern, weil sie ein Überbreiten der Forderung auf die Industrie fürchteten. Die Holzarbeiter seien in ihrem Rechte, man müsse sie in die zweite Stadtklasse einreihen.

Dreger (Soz.): Selbst dort, wo die Tischler 47 Stunden arbeiten, sind sie ausgepeitscht worden. Dieses Verfahren erinnert an alte Zeiten. Herr Rosenquist sollte in den Meisterkreisen für den neuen Zeitgeist eintreten.

Rosenquist (Dem.) verweist auf die Innungserklärung, in der Zeitung, die im Gegensatz zu den Ausführungen Bed standen. Die Geamttausperung sei erfolgt, um rasch eine Entscheidung zu erreichen.

W. Kleineldt (Soz.): Die Maurer und Zimmerer haben sich bereit erklärt, im Winter 8 Stunden zu arbeiten, weil sie mit dem Lohn nicht auskommen.

Schröder (Soz.) fordert gründliche und rasche Verbesserung in der Ludwigstraße und bei der Gasanstalt. Er wird in dieser Forderung von H. Puls (Soz.) unterstützt.

Freundes. Die Leidenschaft umsässerte sie wie feurige Lava, daß sie von der eisernen Kälte nichts spürte. Sie läßte ihm die Lippen wund und rauh, daß aus den Sprüngen kleine Blutsäropen läuften, die sie durstig einsog. Mit gedrohtem Blick sah sie in seine Augen, lachte mit verhalttem Atem auf seine Worte. Sie kannte es immer und immer wieder hören, dieses Geständnis, das sie schon vor zehn Jahren vernommen hatte, und das sie noch selber sang als vor zehn Jahren... Als sie aus den vereisten Büschen des Hofgartens wieder auf die Straße gekommen waren, hatte er auf ein hell erleuchtetes Fenster gedeutet: „Da im warmen Zimmer, im warmen Bett waren wir glücklicher!“ Sie hatte leise geschnitten vor schmerzlicher Lust. Und ihr aufstoßendes Blut trieb als eine Notwendigkeit den Gedanken hoch: „Mein Mann will weg! Weg um jeden Preis. Damit unser Liebe ein Übodach findet.“

Sie erinnerte sich jetzt dieses Augenblicks wieder. Und während sie die finsternen Mienen der anderen musterte, murmelte sie:

„Ich wollte wirklich, ich wäre erst erlöst.“

Die anderen summten zu: „Ja, ja, es wäre wirklich besser, wenn man sich selber entledigt hätte!“

„Er gehört nicht in unsere Familie, dieser rohe Patron!“ sagte Frau Regierungsrat.

Dehmig nickte.

„Er sollte froh sein, wenn er ins Karrenhaus kommt. Eigentlich gehört er noch ganz wo anders hin!“

„Ich begreife nicht.“ sagte Alice, „warum sich der Geheimrat so dagegen sperrt? Die Ankosten sind doch zum Teil recht hübsch und komfortabel eingerichtet.“

„Nur fühlt man sich nicht ganz frei darin,“ sagte Anna mit bösem Lächeln.

„Die wilden Bestien sind auch nicht frei. Gott sei Dank nicht!“

Frau von Dehmig sah ihren Mann tadelnd an:

„Drücke dich etwas schonender aus. Es ist ja leider wahr, viel mehr als eine wilde Bestie ist er nicht. Aber man muß trotzdem human sein.“

Frau Regierungsrat in ihrem Sorgentuhl nickte.

„Ja ja, human muß man sein.“

In diesem Augenblick klopfte Mewes an die Tür und meldete: der Herr Ingenieur habe die gnädige Frau sofort zu ihm ankommen.

Dehmig fuhr auf und brummte wütend:

„Läßt den Kerl doch zu dir herunter kommen, wenn er was will!“

„Bist du verrückt?“ lagte Alice mit einem Blick auf den Dienst.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

50. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Dieser schwieg nachdenklich. Er wollte seinem Patienten auf andere Weise beilegen.

„Ich habe Ihnen schon ein paar Mal gesagt, daß Ihre Lebensweise mir gar nicht gefällt, Herr Ingenieur. Seinerzeit haben Sie mir auch verprochen. Sie würden sich nicht so abschließen, sondern mit frischen Kräften an eine neue Sache gehen. Sie sind doch noch gar nicht so alt!“

Durch seinen Ton klang etwas wie ein unheilsbarer Schmerz. „Warum gehen Sie nicht manchmal in Gesellschaft? Ich hoffte, Sie immer mal im Walfassen zu sehen. Sie denken wohl, daß man dort nicht gut auf Sie zu sprechen ist. Ich glaube gar, Sie bilden sich ein, doch Sie hier Feinde haben.“

„Wenigstens weiß ich, daß ich in Düsseldorf keinen Freund habe.“

„Aber Feinde! Direkte Feinde! Wissen Sie jemanden, der gegen Sie intrigiert?“

„Nein, wer sollte auch?“

„Ich bin Ihnen nämlich vor ein paar Wochen im Hofgarten begegnet. Sie haben mich nicht erkannt. Sie haben sich da so idig um, als wenn Sie fürchten, jemand lauert Ihnen auf.“

„Sind Sie nicht ein bißchen Angst gehabt?“

„Für wen sollte ich Angst haben? Mir lauert niemand auf.“

Als der Geheimrat endlich nach langem Hin und Her die Unterredung abbrach, mußte er sich sagen, daß das ganze Gespräch ein negatives Resultat gehabt habe. Das bewies freilich nicht viel. Nur das eine schien ihm sicher: der Gemütszustand des Kranken war nicht derart, daß er notwendig in eine Anstalt überführt werden müßte. Damit war dem Geheimrat ein Stein von der Seele gefallen. Er hatte veraprochen, morgen

Hans Schwägert (Soz.) betont, die Arbeitszeit dürfe nicht länger dauern als es die Verhältnisse der Allgemeinheit erfordern. Man müsse auch mit den vielen Arbeitslosen rechnen. Die Löhner hätten versucht, die zentralen Abmachungen ehrlich durchzuführen, während die kleinen Meister mit der Auspeppung unzurechnbar seien. Die Arbeitsgemeinschaft bringe keine Harmonie von Kapital und Arbeit. Es gebe freilich Arbeiter, die länger tätig sein wollten, weil die Löhne die hohen Preise nicht ausgleichen. Dagegen sehe seit, daß die Meister mit den Löhnen, die sie für ihre Arbeiter berechneten, wohl auskommen würden. Die Gegenseite sollte sich bemühen, in ihren Kreisen für die Einhaltung zentraler Abmachungen Verständnis zu erwecken.

Norbert Quist (Dem.) behauptet, es liegen keine zentralen Abmachungen vor, die Gefesselten hätten einfach die Arbeitsstützen verlassen und keine 47 Stunden gearbeitet.

Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: Schaffung einer Oberbeamtenstelle beim Arbeitsamt.

Wird angenommen.

12. Antrag: Zuschuß zu den Kosten des Kinderhospitals.

Kaniz (Deutsch.) fragt nach dem Grunde der hohen Kostenüberschreitung des Kinderhospitals.

Senator Bömmel: Es handelt sich um Nachbewilligungen von 1914. Unsere Voranschläge tragen alle nur einen problematischen Charakter. Hier handelt es sich um Mehrausgaben infolge der Verkürzung der Lebensmittel, Wäsche, Löhne, Reparaturen. Im nächsten Jahr werden wir einen noch höheren Zuschuß zu gewähren haben.

A. Pape (Dem.) regt enges Verbindungsnetz des Kinderhospitals mit dem Krankenhaus an.

Der Senatsantrag wird angenommen.

13. Antrag: Aufhebung der wissenschaftlichen Klassen des Lehrerseminars.

Dr. Wittmann (Deutsch.) beantragt Kommissionsberatung. Senator Aulenbach wünscht baldige Entscheidung in dieser Frage, die durch Kommissionsberatung verzögert werde. Man wisse nicht, wie die Schüler zu Ostern untergebracht werden sollen. Die vorgeschlagenen Vorderungen würden wesentlich zur Klärung beitragen.

Pauels (Dem.) sieht in dem Vorgelegten keine Kostenersparnis und auch keine Verbesserung der schwissenschaftlichen Durchbildung der Lehrer.

Schermert (Soz.) wundert sich über das schnelle Tempo der Oberschulbehörde, in anderen Fragen haben man dieses nicht bemerkt. Die Lehrerhaft forderte vor allem Neuwahl der Schulummlern. Einführung der Grundschule und der Pflichtfortbildungsschulen. Aus Sparmaßnahmen habe man Neubauten zurückgestellt und jetzt sei ein Mangel an Schulklassen vorhanden, der kaum mehr auszumerzen sei. Die Einheitschulfrage soll ansteinend für Ostern noch nicht gelöst werden. Aber da mache keine Faktion nicht mit. Zu Ostern 1920 müsse sie unter allen Umständen eingeführt und mit dem Abbau der Vorherrschaft begonnen werden.

Jul. Bartels (Dem.) unterstützt die Senatsvorlage, bewirkt aber, daß mit dem Abbau des Seminars die Ausbildung von Gesanglehrern geschmälert werde. An der Gesangsausbildung der Schüler mangelt es. Von den vorhandenen tüchtigen Gesangsschülern sollte in jeder Schule eine Kraft gestellt werden.

Der Senat so wünscht, wenn Kommissionsberatung beschlossen wird, rasche Arbeit. In dem Abbau des Seminars zu Ostern müsse festgehalten werden. In der Einheitschulfrage werde der Senat so schnell wie möglich arbeiten.

A. Kimpell (Dem.) läßt sich über die Ausbildung der Lehrkräfte aus. Er steht im großen und ganzen auf dem Standpunkt der Oberschulbehörde.

Der Antrag von Dr. Wittmann auf Kommissionsberatung wird angenommen.

14. Antrag: Erleichterung der Beisetzung vom Religionsunterricht.

Hanschen (Soz.) fordert Beisetzung des Religionsunterrichts außerhalb des Schulfachs, begrüßt aber die Neuerung, daß den Eltern für die Beisetzung ihrer Kinder vom Religionsunterricht ein leichter Weg gewiesen ist. Zu bedauern sei das Weiterbestehen der alten Fassung des Art. 23, der das evangelische Bekenntnis weiter festlege. Der dogmatische Unterricht bleibe bestehen, obwohl es an der Zeit sei, mit diesem aufzuhören. Das alte Testament sollte man in der Schule anzuwenden, dessen abführende Beispiele könne man zu pädagogischen Gründen nicht gebrauchen. Zur Erbauung trügen sie nicht bei. Der Redner führt Beispiele an und zeigt, was vom Neuen Testamente entnommen werden könnte.

Senator Aulenbach glaubt, der Vorträdner sei dem Ernst der Frage nicht voll gerecht geworden. Es handle sich hier nur um eine Änderung, wie sie durch die Reichsverfassung notwendig geworden sei.

Jul. Bartels (Dem.) sagt, es gebe uns niemand das Recht, dem Kind die religiöse Betanlagung zu verbieten. Wie soll der Erwachsene sich über etwas entscheiden, wenn man ihn nicht in der Jugend davon unterrichte. Die Religion sei ein Wissen, das die Schule vermittele. Ein Mensch ohne religiöses Wissen

sei kein vollkommen geschildeter Mensch. Die Religion sei ein Kulturfaktor, den die Sozialdemokratie nicht verlieren sollte, da sonst in Kulturfragen niemals vorliege. Richtig sei, daß in den Religionsstunden vieles gefündigt worden sei.

Kaniz (Deutsch.) veracht das Alte Testament als Untergrund des Neuen. Auch in der Sozialdemokratie seien starke religiöse Strömungen vorhanden. Eine Unterschriftenammlung an die Nationalversammlung um Erhaltung des Religionsunterrichts habe in Lübeck in kurzer Zeit 23 000 Unterzeichner gefunden.

Hanschen (Soz.) erklärt, eine Verspottung habe ihm ferngelegen, er habe nur die bisherige falsche Unterweisung kennzeichnen wollen.

Schermert (Soz.) ist der gleichen Überzeugung und erkennt die Religion als Kulturfaktor an. Religion sei Gefühlssache, weshalb man dabei sehr vorsichtig sein müsse. Jeder Unterricht müsse erziehend wirken. Wenn man das Gute im Menschen fördere, werde auch der religiösen Sache dienen sein.

H. Pulz (Soz.) hätte es lieber gesehen, wenn der Art. 23 gefallen wäre. Die jetzige Änderung werde denjenigen gerecht, die mit der Religion gebrochen hätten und die Kinder vom Religionsunterricht befreien wollten. Man hätte an dessen Stelle den Moralunterricht stehen lassen. Es sei kein Feind der Religion, diese habe man aber bei den untersten Klassen als Unterdrückungsmittel benutzt. Die Religionsstunden hätten vielfach den Hauptteil des Unterrichts ausgemacht. Im praktischen Leben sei mit dem ganzen Wurst nichts anzufangen. Der Wundergläubere müsse verschwinden.

Frau Landau (Dem.) wendet sich gegen eine Verunglimpfung des Alten Testaments.

Jul. Bartels (Dem.) wünscht, daß sich die Lehrer, die Religionsunterricht erteilen wollen, freiwillig beim Rektor melden, dann werde der Unterricht verebnet.

Frau Jacobat (Soz.) polemisiert gegen Pastor Kaniz und fordert auch in Bezug auf die Konfirmation bei kirchenselbstliche Geheimniss mehr Bekennern. Die Unterrichtung im Schönen und Guten sei die beste Lehre.

Kauff (Soz.) fordert gleichfalls eine grundlegende Änderung des Religionsunterrichts. Die Gesekesvorlage sei nur eine Abschlagszahlung auf dem Wege zum Abbau. Gegen die alten Fehler müsse die Jugend geschult werden. Daß die Kultur der Kirche nicht das Rechte sei, habe mancher Kriegsteilnehmer auch in anderen Ländern erfahren. Wie die früheren Gewalten die Zucht zur Kirche aufgesetzt hätten, habe man ja auch davon gesehen, daß kein Mensch Beamter werden konnte, wenn er nicht ein religiöses Glaubensbekenntnis ablegen konnte.

Kaniz (Deutsch.) glaubt, daß die Kirche einer gerechten Zukunft entgegen geht, wenn sie erst aller staatlichen Fesseln entledigt sei.

Der Senatsantrag wird angenommen.

15. Antrag: Änderung in den Beamtenstellen der Feuerwehr. (Zweite Lesung.)

Dreger (Soz.) fordert Einschaltung des Senatsversprechens, die Feuerwehrleute den Schutzeleuten gleichzustellen und stellt einen entsprechenden Antrag.

Heise (Dem.) empfiehlt kommissarische Beratung.

Die Sitzung fagt weiter, die Presse stellte um 10% ihr die Berichterstattung ein.

Arbeiterlöhne und Meisterlöhne.

Das Votabedürfen der Bürgertum, das die Haupthilfsum an der ungeheuren Wohnungswirtschaft trug, unter der weite Kreise der städtischen Bevölkerung leiden, hat manigfache Ursachen. Eine der wichtigsten ist die Höhe der Baustoffe. Diese wird im wesentlichen bestimmt durch den Preis der Baustoffe, den Lohn der Bauarbeiter und den Aufschlag des Unternehmers. Die Steigerung der Baustoffpreise und der Bauarbeiterlöhne ist viel erörtert worden. Der Aufschlag, den der Unternehmer auf den Lohn erhält, hat aber bisher wenig Bedeutung gefunden. Und doch hat dieser Aufschlag im Laufe der Zeit eine immer größere Bedeutung gewonnen. In Groß-Berlin z. B. betrug vor dem Kriege der tarifliche Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers 82 Pf. Der Meister nahm einen Aufschlag von 28 Pf., so daß er dem Baumeister die Maurer- und Zimmerstunde mit 1,10 M. berechnete. Heute beträgt der tarifliche Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers 2,20 M. Der Meister nimmt aber einen Aufschlag von 1,70 Mark, so daß er dem Baumeister die Maurer- und Zimmerstunde mit 4,90 M. berechnet. Der Lohn des Arbeiters ist also auf das 3-fache, der Aufschlag des Meisters aber auf das 6-fache gestiegen. Vor dem Kriege betrug der Aufschlag des Meisters 34 Prozent, heute aber 53 Prozent.

Selbstverständlich ist dieser Aufschlag nicht ein Reinderdienst des Meisters. Es sind darin auch enthalten die Versicherungsbeiträge, die Kosten für das Vorhalten von Rüstzeug, Geräten und Werkzeugen, die Buerauaufosten, die Lagerplatzmiete und die Steuern. Aber wenn man immer wieder die beweglichen

„Ich glaube, hier im Hause ist jemand anders verrückt.“ erwiderte der Hauptmann.

„Alle lächelten.“

„Was kann er wollen?“ fragte der Regierungsrat, als Neues drängten war. Anna zupfte die Achseln.

„Ich glaube, du hast Angst!“ sagte Alice mit einem Blick auf ihre Schwester, die erblökt war. „Dein Mann sollte mich mal holen, da würde er ein Lädeln zu hören bekommen!“

Anna dachte an Bert. Das gab ihr Mut. Sie in den Hüften wiegend, ging sie die Treppe hinauf, das weiße Kleidchen summend. Horstmann lag am Schreibtisch, blickte bei der Arbeit. Er kam von dem Agenten, mit dem er den Kauf abgeschlossen hatte. Daraus hatten die beiden ein opulentes Mittagessen eingetauscht. Seit mehr als zwei Jahren hatte Horstmann zum erstenmal wieder Champagner getrunken. Sein Blut war erhitzt, sein Kopf unruhig. Eine gesäßige Wildheit lagerte in seinen blutunterlaufenen Augen. Er glaubte sich vom Agenten betrogen, seinem Selt hatte der seine Spülzuhörerinde kaum verborgen können.

„Als Anna einztrat, fragte er barsch: „Wo hast du gesteckt?“

„Ich habe Schlaf.“

„Was für Schlaf?“

„Meine Schwestern und Karl.“

Die Frauen lebten jetzt wohl alle Tage. Werden sie nicht nächstens auch noch herzlos?“

„Ich werde doch meine Verwandten leben lassen!“

„Ich kann da so viel dran zu sehen? In einem abgeknoteten Doppelpunkt und Rechteck?“ „Was ist was?“ fragte er. Er sollte sicher arbeiten als anderer auf der Seite liegen.“

„Ich verbitte mir, daß du ja von meinem Schreiber sprichst.“

Horstmann warf seine Zigarette in den Aschenbecher und sprang in die Höhe.

„Kann doch in acht!“ murmelte er.

Er lief ins Zimmer auf und ab und holte die Knie.

„Was willst du eigentlich?“ fragte Anna erstaunt.

„Was ich will? Seit das ja toll?“

„Was möchte wissen was ich hier soll?“ Sonst geh ich lieber schlafen.“

Der Schreiber lebte, Anna. Langsam jetzt. Was wird noch

einiges mit seiner Frau kommen müssen.“

Er war sehr an sie herangetreten und musterte sie mit seinem kalten Blicke.

„Werster läßt mich du jetzt einiger Zeit! Es läßt!“

„Wie lange du wieder junges Mädchen. Wie lange ihr Männer das nur tun.“

„Klar! Deinen Gott du, zeit Lügen...“

„Soll nicht mehr.“

„Ich glaube, hier im acht!“ murmelte er.

„Ich habe mich auf die Achseln.“

eine terroristische Diktaturpolitik doppelt und dreifach gefährlich. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ berichten, nach der zustimmenden Wiedergabe der „Vollmacht“, daß den Führern die Männer in den Augen gestanden haben, als sie sich dieser Zustimmung hingen mußten. Das ist gewiß sehr schmerzlich. Aber wer zwang denn einem so wohl überlegenden Genossen wie Grünhagen, dem früheren Arbeitersekretär und jetzigen Geschäftsführer des Konsumvereins, jenen diktatorischen Vermittlungsvortrag auf, der die glatte Unterwerfung unter den Terror der „Unabhängigen“ bedeutete? Der „Vorwärts“ brachte bereits am Montag früh eine Notiz über die Danziger „Einigung“ als eigenen Danziger Bericht. Darin findet sich nun eine höchst bemerkenswerte – Veränderung des (Danziger) Diktaturschlusses. Während, nach dem eigenen Bericht der „Vollmacht“, tatsächlich beschlossen worden ist, daß „die Diktatur des Proletariats angewandt werden muß“, steht in dem Danziger „Vorwärts“ Telegramm in wesentlicher und grundverschiedener Abweichung bloß „angewendet werden soll!“ Wer hat diese, wir wollen einmal so sagen – Auswegnahme der Wahrschheit verschuldet, und welche Absicht war dabei wohl maßgebend? Sollten die deutschen Parteigenossen etwa nicht die volle Wahrheit über die terroristische Handlung erfahren?

Die am Montag abgeschlossene Mitgliederversammlung der alten Sozialdemokratischen Partei beschloß aber nicht bloß die Zustimmung der Diktatur. Sie stellte auch eine neue gemeinsame Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl vom 14. Dezember auf, auf der den „Unabhängigen“ die Hälfte aller Plätze eingeräumt wurde. Das war für die „Unabhängigen“ sofort ein großer praktischer Erfolg. Bei der Kartonwahl wie auch bei der Wahl zur Preußischen Landesversammlung erhielten sie so bedeutungslos wenige Stimmen, doch sie für beide Parlamente nicht einen einzigen Abgeordneten erhielten.

Dieser Zusammenschluß findet auch durchaus nicht etwa allseitige Zustimmung. Aus Zuschriften und sonstigen Mitteilungen wissen wir, daß alte bewährte Genossen es schmerzlich bedauern, daß die Partei das alte demokratische Banner, doch auch ihr von Lassalle, Marx und Bebel in treue Hände gegeben wurde, so schnell verlassen konnte. Man meint auch, daß die Kurschwankung für das ganze Gebiet des Freistaates nur dann Gestalt erlangen könne, wenn ihr eine Vertreterversammlung oder ein Parteitag zugestimmt haben würde. Man kann gewiß angeben, daß diese Erwägung etwas für sich hat und gewiß unendlich demokratischer gewesen wäre, als der jetzige überstürzte Diktaturschluss. Dann wäre auch die notwendige ausgiebige Förderung des überaus folgenschweren Schrittes möglich gewesen.

Das unabhängige Danziger Blatt „Das freie Volk“ macht gar kein Hehl daraus, daß es seinen Leuten gelungen ist, sich die Sozialdemokratie zu unterwerfen. Das Blatt überbreite seinen Siegesaristos triumphierend: „Auf Grundlage der Diktatur perfekt“. Die sozialdemokratische „Vollmacht“ dagegen übertrieb nur recht schüchtern: „Der Einigung entgegen“. Wie jetzt leuchtet, ist diese „Einigung“ in erster Linie auf Betreiben mehrerer erst unlängst aus dem bürgerlichen Lager gekommenen Novembersozialisten erfolgt. Hauptbewegungswort war der Postdirektor Dr. Epprich. Als er zuerst nur eine Wahlgemeinschaft mit den „Unabhängigen“ empfahl, wurde er von unseren Genossen entschieden ablehrend unterbrochen. Später gelang es ihm und anderen dann aber leider doch, das gefundne demokratische Gefühl der Arbeiter einzuschärfen. Doch geht die sozialistische Demokratie ja leicht selbst in Danzig nicht zu besiegen.“

Inzwischen hat bereits eine starkbesuchte gemeinsame Mitgliederversammlung beider Parteien stattgefunden, welcher die Aufgabe zufiel, zu den Beschlüssen der Vertrauensmänner endgültig Stellung zu nehmen. Nach der Danziger „Vollmacht“ hauptsächlich das Einigungsprogramm auf dem Erfurter Programm auf. Es ist aber ergänzt worden durch die in der Vertrauensmännerung angenommene Formel von der „Diktatur des Proletariats“. Die vereinigte Partei soll „Sozialistische Partei der freien Stadt Danzig“ heißen. Dem Einigungsprogramm und der Verschmelzung der beiden Parteidörfer wurde einstimmig zugestimmt. Die von der gemeinsamen Kommission ausgestellte Kandidatenliste wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die beiden bisherigen Ortsvorstände sollen bis Ende Dezember die Geschäfte weiterführen, die dann von einem neuen Vorstand übernommen werden. Das „Freie Volk“ wird ab 1. Januar ab wird als Parteorgan dann die „Danziger Volksstimme“ erscheinen.

(Wie man das Erfurter Programm, wonach die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht für neue Klassenvorilegionen und Rechte kämpft, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, mit der in Danzig beschlossenen „Ergebnis“ von der „Diktatur des Proletariats“ vereinbaren kann, ist Geheimnis der Danziger Einigungsfanatiker. Red. des Lübeck-Volksbl.)

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 2. Dezember.

Zur Nachahmung.

Weihnachten rückt näher heran, die Geschäftshäuser haben in großer Ausmehrung bereits hundertlei Spielsachen aufgestapelt und damit die Grundlage für den Wunschkatalog der Kleinen gegeben. Wenn auch die alte Friedensauslese noch nicht erreicht ist, so wurde die Auswahl doch bereichert. Es kann auch festgestellt werden, daß die während des Krieges ins Maßlohe gestrahlten Kriegsgegenstände mehrheitlich abgenommen haben. Das ist nur zu begrüßen. Wir sind schon traurig gegen die verblödenden Kinderspielwaren und den mit ihr im Zusammenhang stehenden Krimskram aufgetreten. Es gibt schönere und das Kindergeschenk mit verdecktbaren Spiel- und Lehrsachen, als die hergebrachten symbolischen Menschenvernichtungsgegenstände, aber überhebungs-

reichen Soldatenausstellungen für Kinder. Wenn so ist es mit den Bildern- und Geschichtsbüchern. Wir müssen mit menschenaufbauendem Wissen schon im kleinen anfangen und da können wir nur eine Anzeige unterscheiden und zur Nachahmung empfehlen, die in den Hamburger Zeitungen erscheint. Sie lautet:

„Eltern und Freunde!
Kauft den Kindern zu Weihnachten kein
Soldatenpielzeug und keine Kriegsbücher!
Erzieht die Jugend zur Friedensliebe!“

Eine Gruppe der Erzeuger von Kinderspielwaren wird sich zwar über dieses Inserat nicht gerade freuen, aber alle Menschenfreunde werden es begrüßen. Wenn wirklich mit dem Völkerbund und dem Völkerbundsgedanken Ernst gemacht werden soll, so muß die Erziehung dazu beim spielenden Kind anfangen. Und was da noch alles gesündigt wird, darüber macht man sich wohl in manchen Kreisen noch keine richtige Vorstellung. Die Hersteller von Kinderwaffen, Kriegsspielen und bluträstigen Büchern werden ihre Geschäftlichkeit auf friedlichere Dinge umstellen müssen. Sie müssen! Endlich auch doch einmal die Erkenntnis dämmern, daß Weihnachten das Fest der Liebe und Vergebung ist und daß man es nicht mit Zinnsoldaten und Kriegsbüchern feiern kann. Die Frauengilde für Freiheit und Frieden hat nach dieser Richtung schon eine wadere Arbeit geleistet und wird nicht aufhören, die Lust am Zerstören und kriegerische Gefüße an der Wurzel zu bekämpfen. Im Kinderherzen aber erst recht!

Erhöhung der Rohstoffpreise. Der Sachverständigen-Ausschuß zur Ermittlung der Rohstoffübernahmepreise hat an das Reichswirtschaftsministerium den Antrag gerichtet, die bisherigen Rohstoffübernahmepreise um 50 Prozent zu erhöhen. Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie die „P. P. N.“ ersahen, diesem Antrag, der zahlreichen Wünschen des Fleischgewerbes und der Kommunalverbände Rechnung trägt, stattgegeben. Nachdem die Margarinepreise vom 1. Oktober 1919 um rund 50 Prozent erhöht waren, ließ sich eine entsprechende Erhöhung der Rohstoffpreise nicht umgehen. Es kommt hinzu, daß die bisherigen zu niedrigen Preise die Errichtung der Rohstoffmesseitlich erschweren und dem Schleichhandel Vorstoß leisten. Die Erhöhung der Rohstoffpreise hat natürlich die Erhöhung des Fleischpreises zur Folge und zwar sowohl beständigen, welchen der Reichsausdruck für Ochs und Zette für die Rohstofflieferer, Kommunalverbände und Landesfestsstellen festzusetzen hat, als auch besitzreichen, welcher als Fleintalhöchstpreis bei Abgabe an die Verbraucher gelten soll. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß derjenige Fleintalg, welcher aus den seit dem 1. Dezember 1919 eingelieferten Rohstoffen gewonnen wird, den Rohstofflieferern, Kommunalverbänden und Landesfestsstellen mit 9 M. pro Kilo ausdrücklich Verpadung, frei Schmelze, in Rechnung zu setzen ist, und ferner der Fleintalhöchstpreis bei Abgabe an die Verbraucher auf 10,40 M. pro Kilo herausgesetzt wird.

Empfänger postlagerndes Pakete treiben mit dieser Art von Postempfang teilweise Mißbrauch. Sie holen die Pakete innerhalb der durch die Postordnung zugelassenen 14-tägigen Lagerfrist – bei Nachnahmepaketen ist sie täglich – ab oder lassen sie liegen, je nachdem wie es ihnen passt. So nutzen sie einen mehr oder weniger großen Teil der Lagerfrist aus, um nicht einen eigenen Aufbewahrungsräum unterhalten zu brauchen. Es scheinen sich unter diesen Postabholern auch solche zu befinden, die die Postpakkammer als sicheres Versteck für Schmugglerwaren benutzen. Der Postlagerung liegt in der Haupthecke die Pflicht zugrunde, ortsaufwändigen Personen den Lagerraum bei der Post innerhalb der zulässigen Höchstfrist solange zur Verfügung zu stellen, bis die Postabholung möglich ist. Um Mißbrauchen zumeye, werden die Postanstalten vom 1. Dezember ab eine ungeahnte Lagerung nicht mehr gestatten. Wer sich innerhalb der zulässigen Lagerfrist zur Abholung einfindet, hat läufig alle für ihn lagernden Sendungen auf einmal in Empfang zu nehmen. Nur bei Nachnahmepaketen bleibt dem Empfänger die tägliche Lagerfrist weiter gewahrt. Lehnt er die Empfangnahme eines Teiles ab, so wird dieser Teil als verweigert gemäß der Postordnung weiter behandelt. Eine gewisse Nachfrage werden die Postanstalten solchen Empfängern gegenüber betätigen, denen die Postlagerung ein notwendiges Mittel für ihren Erwerb ist, z. B. Händlern, wenn es sich offensichtlich nicht um Schmugglerwaren handelt.

Böhmisches Milch. Aus der Nachrichtenabteilung des Landesversorgungsamtes wird uns geschrieben: „In einigen Tagen wird ein Wagen mit ungefähr 8000 Kilo hochförderter böhmischer Milch für die Stadt Lübeck eintreffen. Es handelt sich um eingedickte Böhmamilch, die durch Erhitzen auf 70 Prozent im Vakuum ihren Wassergehalt verloren hat. Durch diesen Erhitzungsprozeß verdampft nur das Wasser, während die sämtlichen sogenannten lebenden Bestandteile der Böhmamilch, wie sie Frischmilch aufweist, erhalten bleiben. Hamburg bezieht schon seit längerer Zeit Milch aus Dänemark, die von der Bevölkerung gerne gefaßt wird. Nun soll auch hier ein Versuch damit gemacht werden. Der Verkauf wird freihändig, ohne Markenwangs, erfolgen. Die Milch erfordert nach dem Transport eine sachverständige Behandlung. Deshalb wird sie zunächst bei der Hansa-Meierei zugeführt und auch von ihr in einem Teile ihrer Verkaufsstellen verkauft und auch von ihr in einem Teile ihrer Verkaufsstellen verkauft werden. Der Preis dieser ausländischen Milch ist natürlich – infolge der Valuta – hoch, doch glaubt das Landesversorgungsamt, daß in dieser augenblicklich besonders milchknappen Zeit die Möglichkeit, Milch im freien Handel zu erhalten, vom Publikum besonders begrüßt werden wird. Sollte dieser Verkauf Anfang finden, so will das Landesversorgungsamt eine regelmäßige Zufuhr böhmischer Milch in die Wege leiten. Der Kleinhandelspreis ist wegen der Kurshöhenungen noch nicht festzustellen. Weitere Mitteilungen werden rechtzeitig folgen.“ Für die Hebung unserer Milchnot ist diese Einfuhr nur zu begrüßen. Leider werden sich aber die Bedürftigsten den Mund leer wischen müssen, weil sie, wie bei allem, nicht die nötige Kasse haben, um sich diese Milch kaufen zu können.

Verkauf von Kartoffeln am Produktentstrang wölfentlich von 8 bis 2 Uhr.

Die Abgabe geschieht nur auf Grund der grauen Bezugskarte A und nur in Mengen von 1½ Zentner zum Preise von M. 21.

Die Kasse befindet sich bei der Einmündung des Köperweges in den Produktentstrang.

Lübeck, den 1. Dezember 1919. (10770)

Das Landesversorgungsamt.
Abt. II Städtische Kartoffelstelle.

Der Schlachtlohn beträgt vom 1. Dezember ab für 1 Schwein bis 100 Pf. M. 6.—

von 100–200 Pf. M. 8.—

über 200 Pf. M. 10.—

Die Bezeichnung des öffentlichen Schlachthofes.

Das Polizeiamt.

Ausstellungen in Kristiania. Die Handelskammer teilt mit, daß die angesehene Zeitung „Verdens Gang“ beschließt, im Frühjahr 1920 gemeinsam mit dem Reklameverein (Reclamesforening) in Kristiania eine Reklame-Ausstellung zu veranstalten. Als Zweck der Ausstellung wird Förderung des Verständnisses für die Bedeutung der Reklame angegeben. In den Büroschaltern der hierfür geschlossenen norwegisch-amerikanischen Ausstellung ist gleichfalls für das Frühjahr 1920 – zunächst eine englische Ausstellung, ferner eine standartische Möbel-Ausstellung geplant. Diese für August 1920 vorgesehene norwegische Messa wird möglicherweise auf dem gleichen Gelände durchgeführt werden.

Der Tarif gilt nur für Gewerkschaftsmitglieder. Das Gewerbegericht in Düsseldorf hat die Klage von drei Metallarbeitern um Nachzahlung der im Tarif für die Metallindustrie vorgesehenen Vergütung abgewiesen, weil sie nicht Gewerkschaftsmitglieder, sondern Mitglieder des Allgemeinen Arbeiters vertrabs waren, die in ihrer Statut an erster Stelle Bekämpfung jeglicher Tarifverträge forderten.

Arbeiterbewegung.

Verbindung des Landarbeiterkreis. Der Landarbeiterkreis im Kreis Greifswald, der sich auf etwa 15 Güter erstreckt, ist durch die Kommission des preußischen Landwirtschaftsministers, die sich logisch nach Bekanntwerden des Streiks in dem Streikgebiet begeben haben, nach neunstündiger Verhandlung mit den Parteien beigelegt worden.

Vermischtes.

Tausend Mark für fünf Witze! Es gibt Gottlob noch immer Leute, die an den deutschen Humor glauben. Dazu gehört die Redaktion der „Lustigen Blätter“, die in ihrer letzten Nummer 2500 Mark für die besten Witze ausschreibt. Hoffentlich finden sich auch unter unseren Lesern recht viele, die den Optimismus des bekannten Witblattes rechtfertigen und einen fetten Preis auf diesem Feiertag heimtragen.

Die Telegraphenlänge als Wetterprophet. Ein amerikanischer Gelehrter, Professor Fries von der Universität Ottawa, will eine Entdeckung gemacht haben, die jedem ermöglicht, als Wetterprophet aufzutreten. Während wir gewöhnlichen Sterblichen hier in dem Summen der Telegraphendrähte nur ein musikalisches Spiel des Windes sehen, der diese Drähte in der Art einer Harfe bewegt, sieht der amerikanische Professor darin nichts weniger als eine „barometrische Musik“. Die Töne sollen durch Luftschwingungen hervorgerufen werden, die mit atmosphärischen Veränderungen in Zusammenhang stehen. Nach seinen Beobachtungen bringt ein bevorstehender Wetterumschlag die Telegraphenlängen zum Summen. Wenn die dadurch hervorgebrachte Note fest ist, dann kann die Veränderung noch eine Reihe von Tagen auf sich warten lassen. Ist aber der Ton scharf und hoch, dann hat man schon für die nächsten Stunden einen Umschlag des Wetters zu erwarten. Ähnliche Beobachtungen sind schon von weniger geübten Leuten gemacht worden; vielleicht bewähren sie sich aber nach diesen wissenschaftlichen Feststellungen besser.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 9. Heft vom 1. Band des 38. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts hervorheben wir hervor: Über den Parteien. Von Dr. Richard Lohmann.

Der amerikanisch-englische Wirtschaftskampf nach dem Kriege. Von Heinz Tunow II. (Sylph). – Hungerblönde und Radikalismus. Von Dr. med. Alfred Bauer, Mitglied der Preußischen Landesversammlung. – Die Auflösung des Habsburgerreiches. Von H. Fehlinger. – Ein Gesetz der deutschen Poststums. Von Joseph Althe. – Literarische Rundschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Falb“ ist soeben die 24. Nummer des 36. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 20 Pf. Probezahlen sind jederzeit durch den Verlag J. H. Dick Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Hermann, „Um den Kaiser“. Der frühere Presseleiter im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Hermann, hat seinen beiden Erinnerungsbänden: „Der neue Kurs“ und „Zur Geschichte des Weltkrieges“ im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin, einen dritten unter dem Titel: „Um den Kaiser“ folgen lassen. (Einfache Ausgabe 5 M.) Er umfaßt in der innen vorliegenden Bestandteile der Böhmamilch, wie sie Frischmilch aufweist, erhalten bleiben. Hamburg bezieht schon seit längerer Zeit Milch aus Dänemark, die von der Bevölkerung gerne gefaßt wird. Nun soll auch hier ein Versuch damit gemacht werden. Der Verkauf wird freihändig, ohne Markenwangs, erfolgen. Die Milch erfordert nach dem Transport eine sachverständige Behandlung. Deshalb wird sie zunächst bei der Hansa-Meierei zugeführt und auch von ihr in einem Teile ihrer Verkaufsstellen verkauft und auch von ihr in einem Teile ihrer Verkaufsstellen verkauft werden. Der Preis dieser ausländischen Milch ist natürlich – infolge der Valuta – hoch, doch glaubt das Landesversorgungsamt, daß in dieser augenblicklich besonders milchknappen Zeit die Möglichkeit, Milch im freien Handel zu erhalten, vom Publikum besonders begrüßt werden wird. Sollte dieser Verkauf Anfang finden, so will das Landesversorgungsamt eine regelmäßige Zufuhr böhmischer Milch in die Wege leiten. Der Kleinhandelspreis ist wegen der Kurshöhenungen noch nicht festzustellen. Weitere Mitteilungen werden rechtzeitig folgen. – Für die Hebung unserer Milchnot ist diese Einfuhr nur zu begrüßen. Leider werden sich aber die Bedürftigsten den Mund leer wischen müssen, weil sie, wie bei allem, nicht die nötige Kasse haben, um sich diese Milch kaufen zu können.

Dada in den „Silbergäulen“. Die ersten deutschen Dadas in den Gedichten läßt der durch seine Ausstellungen im Berliner „Sturm“ bekannte Maler Kurt Schwitters unter dem Titel „Anna Blume“ in der Sammlung „Die Silbergäule“ des Verlages Paul Steegemann in Hannover erscheinen. Die Sammlung, in der bedeutende Werke von Heinrich Mann, Kasimir Edmundo, Carl Hauptmann, Heinrich Vogeler u. a. erschienen sind, hat mit der Dada-Veröffentlichung eine Auflage von über 100 000 Bänden erreicht.

Am Freitag, dem 28. November starb unser sehr geschätztes Aufsichtsratsmitglied.

Herr Peter Pape.

Derselbe gehörte seit einer Reihe von Jahren unserm Aufsichtsrat an und erwarb sich durch seine ruhige und sachliche Betätigung für unser Unternehmen das vollste Vertrauen seiner Mitarbeiter.

Wir bedauern das Hinscheiden dieses so vortrefflichen Mannes und Mitarbeiters aufs tiefste und werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Am Freitag, dem 28. November starb unser sehr geschätztes Aufsichtsratsmitglied.

Herr Peter Pape.

Derselbe gehörte seit einer Reihe von Jahren unserm Aufsichtsrat an und erwarb sich durch seine ruhige und sachliche Betätigung für unser Unternehmen das vollste Vertrauen seiner Mitarbeiter.

Wir bedauern das Hinscheiden dieses so vortrefflichen Mannes und Mitarbeiters aufs tiefste und werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Am Freitag, dem 28. November starb unser sehr geschätztes Aufsichtsratsmitglied.

Herr Peter Pape.

Derselbe gehörte seit einer Reihe von Jahren unserm Aufsichtsrat an und erwarb sich durch seine ruhige und sachliche Betätigung für unser Unternehmen das vollste Vertrauen seiner Mitarbeiter.

Wir bedauern das Hinscheiden dieses so vortrefflichen Mannes und Mitarbeiters aufs tiefste und werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Am Freitag, dem 28. November starb unser sehr geschätztes Aufsichtsratsmitglied.

Herr Peter Pape.

Derselbe gehörte seit einer Reihe von Jahren unserm Aufsichtsrat an und erwarb sich durch seine ruhige und sachliche Betätigung für unser Unternehmen das vollste Vertrauen seiner Mitarbeiter.

Wir bedauern das Hinscheiden dieses so vortrefflichen Mannes und Mitarbeiters aufs tiefste und werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Am Freitag, dem 28. November starb unser sehr geschätztes Aufsichtsratsmitglied.

Herr Peter Pape.

Derselbe gehörte seit einer Reihe von Jahren unserm Aufsichtsrat an und erwarb sich durch seine ruhige und sachliche Betätigung für unser Unternehmen das vollste Vertrauen seiner Mitarbeiter.

Wir bedauern das Hinscheiden dieses

Fledermaus

Kabarett-Diele.
Fünfhausen 17/19

Die vornehmste und eleganste Vergnügungsstätte Lübecks.
Musik, Humor, Gesang, Tanz.

Aufreten der Sterne des Kabaretts und der Varietékunst.

Eröffnungsprogramm:

4 Schwestern Graff,
Akrobate Tänzerinnen.

Werner Alberti,
ehemal. kgl. Kammersänger.

Fränze Pietzow,
Opernsängerin.

Gebrüder Pentsch,
akrob. Tänzer.

Käthe Schwebe,
Primaballerina.

Hans Lützow,
v. chem. Kgl. Opernhaus Berlin.

Siegfried Glaser,
Ansager und Humorist.

Ballorchester.

Dirigent: Hans Elvers.

Eröffnung: Dienstag, den 2. Dez., abends 7 Uhr.

Tischbestellung rechtzeitig erbieten. Telephon 1904.

10748

D. B. f. E. U. U.
Mittwoch, 3. Dezember,
7½ Uhr, Ernestinenschule:
Prof. Dipl.-Ing. Mahn:
„Das technische
Mittelschulwesen.“
10790 Gäste willkommen.

Zentralverband
der Angestellten.

Mitglieder-
Versammlung
am Donnerstag,
dem 4. Dez., abends 7½ Uhr
in der Zentralhalle,
Domwattgrube 20.
Tagesordnung:
Befragung des Stell. Jona;
Tarif- und
Gehaltsfragen.



Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele

Johannisstr. 25. Früher Monopol.

Ab Dienstag nur 3 Tage
Einführung für Abend!

Schwarze Diamanten

Soziales Monumentalwerk
in 7 Akten, nach dem gleichnamigen Roman
von Maxrus Jokai.

Das eiserne Recht

Schauspiel in 3 Akten.
Einführung 4 und 7 Uhr.

(10776)

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13.

Das modernste Lichtspiel-Theater Lübecks.

Nur noch 3 Tage!

Der größte Film der Gegenwart!

Die siebente Großmacht.

Drama in 7 Akten.

Außerdem:

Die Lieblingsflamme des Maharadscha

Lustspiel in 2 Akten.

10765

Der letzte Liebesdienst

Drama in 3 Akten.

Berband der Gastwirtschaftshilfen
Vorstellung über.

Grosser Ball (Wintervergnügen)

große Überraschung
am Freitag, dem 5. Dezember 1919
im Gewerkschaftshaus.

Aufführung 7 Uhr. Gabe!!!
Die Kollegen des D. R. B. sind hierdurch
freudlich eingeladen.

Das Komitee.

Nachm.-Vorstellung | Abend-Vorstellung

von 4-7 Uhr. von 7-10 Uhr.

Keine erhöhte Preise!

Mit verstärktem
Orchester.

Keine erhöhte Preise!

Friedrichshof.

Mittwoch, den 3. Dezember: (10792)

Gr. Tanzkränzchen.

Einführung 6½ Uhr.

Es findet freundlich ein.

Aufführung 7 Uhr.

P. Brauer.

Hansa-Theater

Dienstag, 7 Uhr:

Gastspiel

Hans Bechmann.

Das

Dreimäderhaus

Singsp. Mus. v. Fr. Schubert

Schubert: Hans Bech-

mann: a. G. (10746)

Mittw.: B. Faschingafe.

Donnerst: Dreimäderhaus

Außerordentliche
Befreiung

am Mittwoch, den 3. Dez.,
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Wahl des Stell. Vorsitzenden:
Sie bauen wir major
Heim?

Wahl des Stell. Vorsitzenden:
Selbstbehauptung
seiner eigenen Heimat.
10747 Der Vorstand.

Verein d. Musikfreunde
in Lübeck

Die Preise der Einzel-
plätze in den Konzerten
sind ab 1. 12. 1919 erhöht,
und zwar um Mk. 1.—
Mk. 150 für die Symphonie-
konzerte u. um Mk. 0,50 bis
für die Volkstümlichen
Konzerte. (10741)

Eine genaue Liste der
Preiserhöhungen liegt an
der Theaternase.

10742

10743

10744

10745

10746

10747

10748

10749

10750

10751

10752

10753

10754

10755

10756

10757

10758

10759

10760

10761

10762

10763

10764

10765

10766

10767

10768

10769

10770

10771

10772

10773

10774

10775

10776

10777

10778

10779

10780

10781

10782

10783

10784

10785

10786

10787

10788

10789

10790

10791

10792

10793

10794

10795

10796

10797

10798

10799

10800

10801

10802

10803

10804

10805

10806

10807

10808

10809

10810

10811

10812

10813

10814

10815

10816

10817

10818

10819

10820

10821

10822

10823

10824

10825

10826

10827

10828

10829

10830

10831

10832

10833

10834

10835

10836

10837

10838

10839

10840

10841